

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4
Fernsprecher: Amt F 7 Jannowitz 6191

Berlin, den 21. Mai 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Sturm Signale

Der brutale Ueberfall auf den Sozialdemokraten Kloß von Seiten der nationalsozialistischen Rowdys, die den Ehrentitel MdR. tragen, ist kennzeichnend für die gegenwärtige Situation. Hemmungslos entpuppen sich die Gewaltpolitiker als moralisch minderwertige und politisch unfähige, rücksichtslose Menschen. Und trotzdem hatten sie den Zustrom der Millionen aufzuweisen. Diese Anhängerenschaft — das wissen wir genau — besteht in ihrer Mehrheit sicher nicht aus Anhängern einer Radau- und Gewaltpolitik, sondern ebenso wie im kommunistischen Lager ist die allgemeine Unzufriedenheit über die wirtschaftlichen Zustände das Entscheidende für den Zufluß in die links- und rechtsradikalen Parteien. Aber wir müssen immerhin mit den tatsächlichen politischen Machtfaktoren rechnen, und so gesehen bedarf es in der Tat einer Eisernen Front, um den Volks- und Arbeiterfeinden zu begegnen, die gegenwärtig bereits an manchen Stellen Oberwasser haben.

Hätten wir ein weiterdenkendes Bürgertum (wie es in England vorhanden ist und wie auch die letzten Wahlen es in Frankreich zeigen), so müßten allein solche Reichstagsprügeleien ausreichen, um dem ganzen nationalsozialistischen Spuk ein Ende zu bereiten. Aber das Bürgertum bringt anscheinend nicht mehr die Kraft einer eigenen Idee auf, nachdem der Manchester-Liberalismus zu Grabe getragen wurde. Großunternehmertum und Großagrarier sind die Drahtzieher sowohl der nationalsozialistischen Bewegung als auch erheblicher Teile der jetzigen Reichsregierung.

Denn was soll man dazu sagen, daß nun auch Minister Groener bereits auf seinen Posten als Reichswehrminister verzichten muß mit der zweifelhaften Begründung, daß er die Aufgabe erfüllt habe, „die Reichsautorität durch Zusammenfassung aller Mittel in der besonders schwierigen Zeit des Winters zu sichern. Das politische Reichsministerium des Innern sei auch auf die Dauer mit dem Posten des Reichswehrministers und dessen unpolitischem überparteilichem Charakter unvereinbar. Er habe im Reichsinnenministerium eine Reihe von Aufgaben in Angriff genommen, an deren Durchführung ihm besonders liege. Diesen wolle er in Zukunft seine ganze Arbeitskraft widmen.“

Dabei fragen wir uns, ob bei Erscheinen dieser Zeitung Groener überhaupt noch Reichsinnenminister ist; denn man munkelt alle Tage mancherlei. Außerdem hat man den Eindruck, als ob der bisherige Stellvertreter im Reichswehrministerium, General v. Scheicher, an dieser Umstellung

nicht ganz unschuldig ist. Abgesehen davon, daß Groener nach der schweren Entgleisung in bezug auf die Zulassung von Nationalsozialisten in die Reichswehr sich den Zorn aller „nationalen“ Kreise zugezogen hat durch das Verbot der Sturmtruppen der Nazis.

Wir sehen also, daß trotz der Reichstagsmehrheit für die Brüning-Regierung auch von dieser Seite allerhand Gefahren drohen. Aber noch bedenklicher, geradezu sturmverkündend, liegen die Dinge auf rein wirtschaftlichem Gebiet. Der Kampf um die Arbeitsbeschaffung hat bis jetzt keine befriedigenden Resultate gebracht. Wohl hören wir, daß die 40-Stunden-Woche nun doch noch von Regierungsseite in erheblichem Ausmaße durchgeführt werden soll. Weit dabei die öffentlichen und die Verkehrsbetriebe in Frage kommen, läßt sich aus dem Referentenentwurf, der uns vorliegt, leider nicht klar ersehen.

Aber auch die Haltung des Kommunalen Reichsarbeitgeberverbandes (worüber wir an anderer Stelle berichten), zeigt klar, daß die Arbeitnehmer in dieser Notzeit von Feinden umgeben sind auf der ganzen Linie. Eine Anzahl weiterer Vorgänge in Verkehrsgebiete sowie in der Rhein-Schiffahrt zeigen ebenfalls, daß ein Orkan im Anzuge ist. Daraus folgert für unsere Mitgliedschaft: Geschlossenheit und Widerstand!

Nach glanzvollem Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft in den Jahren 1924 bis Mitte 1930 ist nun in wenig mehr denn Jahresfrist eine Abfenkung der Löhne und Gehälter erfolgt, die fast an die Inflationszeit erinnert. Die ungeheuren Leistungen der deutschen Gewerkschaften für die Arbeitslosen — der Gesamt-Verband gab für Unterstützungszwecke 1931 mehr denn 12 Millionen Mark aus! — bedingen, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften erheblich vermindert ist. Wohl stehen wir in den freien Gewerkschaften gegenüber allen Zersplitterungsversuchen von rechts und links noch geeinigt und gefestigt da. Es gilt, auch diese Eisernen Front zu erhalten und bereit zu sein für den bevorstehenden schweren Abwehrkampf gegen den Faschismus und die soziale Reaktion, aber auch gegen den Versuch, die Unzulänglichkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Nachwehen des Weltkrieges den Arbeitnehmern allein aufzubürden. Wir fordern: Schluß mit jeglichem Lohn- und Gehaltsabbau; Schaffung eines Arbeits- und Wirtschaftsprogramms mit dem Ziel der Gemeinwirtschaft!
E. D.

Und der will Ministerpräsident werden!

Wir haben zwar in Deutschland eine Verfassung, die die demokratischste der Welt ist. Ein sehr großer Teil der Wähler hat aber am 14. September 1930 Parteien die Stimme gegeben, deren Abgeordnete nicht ihre parlamentarische Tätigkeit in ernster, positiver Arbeit erblicken, sondern den Reichstag zu einer Kaschemme überlassen haben, schlimmster Rüpelien und Prügeleien herabgewürdigt haben. Der Reichstag ist deshalb so gut wie arbeitsunfähig und wird nur in den allerdringlichsten Fällen zu kurzen Tagungen zusammengerufen. Die Folge ist, daß der Reichspräsident gezwungen ist, mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung zu regieren, genau so wie die kaiserlich österreichische Monarchie ungezwungen, aber der Bequemlichkeit wegen, mit dem Artikel 14 ihrer Verfassung nur zu oft regierte. — Nach monatelanger Pause trat der Deutsche Reichstag am 9. Mai wieder einmal zusammen und es schien, als ob die Nazis, um in Preußen wenigstens koalitions- und regierungsfähig zu werden, sich parlamentarischer Sitten beseßigen wollten. Gregor Straßer, den Hitler auf den Ministerpräsidentenstuhl in Preußen schieben will, hielt zunächst eine manierliche Rede. Auch während der Sozialdemokrat Breitscheid sprach, der in sachlicher Schärfe mit den Nazis abrechnete, betrug sich die „rauen Kämpfer“ gesittet. Straßers Anbiederungsversuch an die Gewerkschaften rief dann den SPD-Abgeordneten Graßmann (stellvertretender Vorsitzender des ADGB) auf den Plan, der ebenso wie nach ihm Dr. Hilferding mit der dilettantenhaften Wirtschaftspolitik Straßers abrechnete, die Forderungen der Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung noch einmal energisch vertrat und Straßers Anbiederungsversuch zurückwies. Wir geben aus seinen Ausführungen folgendes wieder:

„Straßer hat uns heute ein Heldenepos abgeleiert, wie sich die Partei die Minderung der Not denkt, und wie sie sich entschlossen habe, nicht zu warten, bis sie im Besitz der Macht ist, sondern das bis dahin sorgfältig gehütete Geheimnis dessen, was sie tun will, auf dem Altar des Vaterlandes preiszugeben. Da darf ich vielleicht daran erinnern, daß die von Ihnen so viel geschmähten freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie seit länger als zwei Jahren an allen zuständigen Stellen gewirkt, gebotet, gemacht und gefordert haben, daß rechtzeitig eingegriffen wird, ehe die Arbeitslosigkeit zu einer solchen Lawine anwächst. Wir haben im Januar 1930 planmäßige Arbeitsbeschaffung gefordert, im Februar 1930 ein Verbot der Überstunden und Verkürzung der Arbeitszeit, im Mai 1930 Nationalisierung der Auftragserteilung, damit nicht weiter Überstunden geleistet und die Arbeitslosigkeit der anderen vermehrt wird. Im Februar 1931 haben die Spingewerkschaften dem Reichspräsidenten gegenüber als dringlichste Gegenwartsaufgabe die Wiedereinfügung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und die zufällige Arbeitsbeschaffung bezeichnet. Wir haben dieses Programm im Sommer vorigen Jahres auf unserem Kongreß in Frankfurt am Main erweitert und uns damals für den Plan eingesetzt, den der viel zu früh verstorbene Albert Thomas mit seiner glühenden Energie verfolgt hat, um durch internationales Zusammenwirken Arbeit und Kredit zu beschaffen. Am 13. April dieses Jahres hat unser Krisenkongreß es als besonderen Stempel bezeichnet, daß angesichts von mehr als 6 Millionen Arbeitslosen noch immer in gewissen Erwerbszweigen über 48 Stunden gearbeitet wird und vielfach Überstunden gemacht werden. Dabei sind z. B. in der Schuhindustrie Zehntausende schon seit Jahren ununterbrochen arbeitslos! Trotzdem aber nehmen Pensionäre und Doppelverdiener noch immer den Arbeitslosen das Brot weg. Ein Volk wie das deutsche, das landwirtschaftliche Ueberflussegebiete verloren hat, würde durch die Autarkie nur seinen eigenen Export noch mehr erschweren, als dies bereits infolge unserer eigenen Zollgesetzgebung von den Ausfuhrländern geschieht. Auf die barge Aussicht hin, daß vielleicht in Jahrzehnten ein von Herrn Straßer vorgeschlagenes Programm durchgeführt wird und gelingt, können wir uns nicht zur Autarkie bekennen. Wir wissen nicht, was uns die nächsten Monate bringen und können uns daher nicht auf so weite Sicht festlegen. Unser Krisenkongreß hat sofort durchführbare Forderungen besonders für die jüngeren Arbeiter aufgestellt, die in verschiedenen Gewerben einen stärkeren Anteil an der Arbeitslosigkeit haben, als ihrem Zahlenverhältnis entsprechen würde. Der gegenwärtige Zustand ist auch eine Gefahr für die künftige industrielle Entwicklung Deutschlands, denn wenn der alte Schlag der hochqualifizierten Arbeiter ausfällt, wenn die nicht ausgebildeten Jugendlichen an ihre Stelle kommen, dann sieht es schlecht um die Leistungen aus. Es würde auch, wenn wir die Nationalisierung rückgängig machen könnten, ein guter Teil Arbeitsloser übrigbleiben. Wir fordern deshalb die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte. Wir verlangen die Arbeitszeitverkürzung für alle Erwerbsgruppen, auch für die, die der Entwurf ausnehmen will. Würde uns ein unvorhergesehenes Wunder eine Konjunktur wie 1929 schaffen, so würden wir die vorhandene Apparatur nur zu 75 Proz. ausnutzen können. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß mit Einkunfts- und Lohnverbänden sein, und die Arbeitsbereitschaft bis zu 90 Stunden wöchentlich und mehr in gewissen Betrieben muß verschwinden. — Nach eingehender Darlegung und

Begründung der Arbeiterschuttforderungen und des Arbeitsbeschaffungsprogrammes des freigewerkschaftlichen Krisenkongresses und der zugleich gemachten Dedungsvorschläge erklärte sich Graßmann im Namen seiner Partei gegen die Arbeitsdienstpflcht. Der freiwillige Arbeitsdienst darf die Bedingungen der freien Arbeit nicht gefährden und nur als Zusatzarbeit von Jugendlichen eintreten. — Straßer hat einen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei konstatieren wollen. Seine Anbiederung an die freien Gewerkschaften rührt uns nicht, zumal seine Partei uns bisher immer in nicht wiedergebender Weise beschimpft und verleumdet hat. Durch die Heße gegen die „Bonzen“ soll nach den Richtlinien der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation in den Betrieben der Reich erweckt und auf diese Weise der Blod der Gewerkschaften geprenzt werden. Wir als freie Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei fühlen uns als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse. Wir fühlen uns als die Organisation der Arbeiterschaft, die in allen Stürmen ihr die Treue halten, und weder mit Ausböhler noch mit Terror werden Sie uns niedergewingen. Der unerschütterliche Glaube an den Sozialismus, der mit der Brutalität Bismarcks, mit der Zuderkrotpolitik Wilhelms fertig geworden ist, er wird auch diese Zeit der Stürme überdauern, er wird uns zum Siege führen.“ (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bis dahin waren die Verhandlungen ruhig verlaufen, nun trat aber Nazi-Göring unerhört provozierend auf, daß selbst der Reichskanzler Brüning und mehrere SPD-Abgeordnete sich durch energische Zwischenrufe gegen die ungläublichen Verleumdungen durch Göring wehren mußten. Minister Groener rief dann den Hitler-Gesellen die patriotische Maske vom Gesicht. Er erbrachte den Nachweis, daß Hitlers oft erwähnte Rede in Lauenburg landesverräterisch war. Der Minister führte an Hand des ihm vorliegenden Materials aus Hitlers Rede aus:

„Hier steht schwarz auf weiß: „Kleine polnische Banden sind abzuwehren. Sobald ein Aufmarsch regulärer Truppen erfolgt, rückt die SA in die befohlenen Bereitschaftsräume.“ — Als Grund ist angegeben: „Wir wollen unserem Führer unbedingt die SA zur Verfügung halten.“

Groener rechtfertigte dann das Verbot der SA und SS, und lehnte das Verbot des Reichsbanners ab, „denn die SA ist gegen den Staat eingestellt, das Reichsbanner aber für den Staat.“

Damit war es auch mit der erkünstelten Ruhe „Ehren“-Straßers vorbei. Er tobte fortan wie ein Bessener und ist für den folgenden fortgesetzten Klamauk in erster Linie mit verantwortlich. An Positivem leistete der Reichstag noch die Ablehnung aller von Nazis, Kommunisten und Landvolkparteilern gestellten Mißtrauensanträge gegen die Regierung und nahm ein Gesetz an, nach welchem etwa 500 weibliche Reichsbeamte aus dem Dienst scheiden werden, weil sie als Doppelverdiener in Frage kommen. — Das Beschämendste aber für den Reichstag ist, daß im Reichstagsrestaurant und im Wandelgang der Journalist Dr. Kloß von Nazistrafholden, die sich Abgeordnete nennen, wiederholt schwer mißhandelt wurde. Auf Veranlassung des Präsidenten Löbe wurde Polizei herbeigerufen, die nach einigen Schwierigkeiten die Nazistrafholden Heines, Stegmann, Weigel und Krause als Hauptschuldige verhaftete und die ersten drei dem Schnellrichter zuführte. Später wurde auch Straßer verhaftet. Das Schnellgericht verurteilte am 13. Mai Heines, Stegmann und Weigel zu je drei Monaten Gefängnis, sprach aber Straßer aus Gründen der Immunität frei. Bei den Verhandlungen vor Gericht zeigte sich die brutale Feigheit der Nazigesellen in ihrer ganzen Größe. Einwandfreie Zeugen haben bekundet, daß Dr. Kloß im Reichstagsrestaurant von fünf und später von nicht weniger als 20 Nazistrafholden überfallen und blutig geschlagen wurde. Die Verurteilten wollen gegen das Urteil Berufung einlegen, denn nach Nazilogik sind sie unschuldig und der von ihnen schwer mißhandelte Dr. Kloß müßte als Schuldiger verurteilt werden.

Im Ältesten-Kusschuß, der sich mit der Sache zu befassen hatte, leistete sich Gregor Straßer noch folgende Gefühlsroheit:

„Er habe absolutes Verständnis dafür, daß Kloß, dieser Schweinehund, verprügelt wurde. Er habe das durchaus für richtig gehalten und lediglich seinen Freunden gesagt, es dürfe immer nur einer schlagen. Er bedauere ausdrücklich (und wiederholte diese Aeußerung mehrfach), daß Kloß überhaupt noch lebe. „Wir sind ganz zufrieden, daß ihm eine Gelfaßt wurde. Wenn er noch einmal durch ihren Wandelgang gehe, könne er für nichts garantieren.“

Dieser saubere Patron ist also nicht nur Reichstagsabgeordneter, sondern strebt auch noch nach dem Amt des preußischen Ministerpräsidenten. Pfui Teufel!

G. R.

Zentrale Lohnverhandlungen für Gemeindearbeiter und kommunale Straßenbahner gescheitert

Der Kommunale Reichsarbeitsgeberverband hatte die am R.M.C. G und R.M.C. V beteiligten Gewerkschaften für den 4. Mai zu einer Besprechung eingeladen. In dieser Besprechung überreichte der Reichsarbeitsgeberverband seine Vorschläge, die als zentrale Richtlinien für den Neuabschluß der Bezirkslohnabkommen dienen sollten. Die Vorschläge gingen im wesentlichen darauf hinaus, für jeden Ort den Lohn des ungelerten 24jährigen Reichsarbeiters als Ecklohn festzusetzen und darauf in einem gewissen Spannungsverhältnis den Lohn des angelernten und gelerten Gemeindearbeiters zu errechnen. Lohngebiete und Ortsklassen der bisherigen Bezirkslohnverträge für Gemeindearbeiter und kommunale Straßenbahner, die in der Vergangenheit nach wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gebildet worden sind, sollten nur dann in ihrem Umfange erhalten bleiben, wenn die neuen, auf dem Ecklohn des ungelerten Reichsarbeiters errechneten Löhne in diesem Gebiet keine wesentlichen Unterschiede aufzuweisen haben. Die Durchführung der Arbeitgebervorschlüsse bedeuten die völlige Angleichung und damit eine weitere Verschlechterung der Lebenslage für alle bei den Gemeinden beschäftigten Arbeiter. Diese Zumutung ist von unserer Tariskommission mit Entrüstung zurückgewiesen worden.

Am 11. Mai 1932 fanden dann die Verhandlungen über Abschluß zentraler Richtlinien für die Bezirkslohnverträge der Gemeindearbeiter in Eisenach statt. Unsere Organisation legte hierbei Richtlinien für den Neuabschluß der Bezirkslohnverträge vor, in welchen zum Ausdruck gebracht war, daß die jetzt bestehenden Löhne als nach § 7 Ziffer 4 der Zweiten Gehaltskürzungsverordnung angeglichen anzusehen sind und auf Grund dessen eine weitere Lohnkürzung nicht eintreten dürfe. Auch die vom Reichsarbeitsgeberverband verlangte Befestigung der Lohnschußklausel wurde von den Gewerkschaften als völlig untragbar abgelehnt und darüber hinaus verlangt, daß bei Neuabschluß der Bezirkslohnverträge der Lohnausfall durch verkürzte Arbeitszeit mit in Anrechnung gebracht werden müsse.

Der Verhandlungsführer unserer Organisation, Kollege Polenske, legte in wirkungsvollen Worten die ungeheuren Opfer, welche die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner im Verlauf eines Jahres zur Steuerung der Finanznot der Gemeinden gebracht haben, dar. Die Finanznot der Gemeinden sei keinesfalls die Folge der von den Gemeinden gezahlten Löhne, sondern in erster Linie veranlaßt durch die ungeheure Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, deren Fürsorge sich das Reich entziehe. Durch einen viermaligen Lohnabbau, verbunden mit einer Verkürzung der Arbeitszeit für mehr als die Hälfte der Gemeindearbeiter, hätten die in den Gemeindebetrieben und Verwaltungen beschäftigten Arbeiter ein finanzielles Opfer gebracht, wie es keine zweite Arbeiterkategorie im Laufe des letzten Jahres zu bringen gezwungen war. Eine weitere Angleichung der Löhne der Gemeindearbeiter über ihren jetzigen Stand hinaus sei unmöglich, weil auch das Reich es ablehne, die in seinen Betrieben beschäftigten Arbeiter willkürlich an die Löhne eines anderen Lohnvertrages anzugleichen. Dazu kommt, daß die Vereinbarung vom 22. August 1931 nur abgeschlossen wurde, nachdem der Reichsarbeitsminister Stegerwald am 17. August 1931 erklärt hatte, daß jede Vereinbarung, die zwischen den Vertragsparteien der Gemeindearbeiter- und Straßenbahnerverträge abgeschlossen wird, als Abgeltung des § 7 Absatz 4 anzusehen sei. Die gleiche Erklärung sei ihm, Polenske, von Stegerwald noch gegeben worden gelegentlich des Gewerkschaftskongresses 1931 in Frankfurt am Main. Wenn trotz dieses gegebenen Versprechens eine weitere Angleichung von der Reichsregierung gefordert wird, so bedeutet das nichts anderes als die Brechung eines Ministerworts, auf dem die zentrale Vereinbarung vom 22. August 1931 beruht. Eine Nichtanrechnung des Lohnausfalls durch die verkürzte Arbeitszeit sei für die Gemeindearbeiter untragbar, weil rund 150 000 Gemeindearbeiter verkürzt arbeiten, welche bei vollständiger Angleichung damit unter den Wochenverdienst der Reichsverwaltungsarbeiter kommen würden.

Die zur Zeit bestehenden Schwierigkeiten würden verschärft durch das rigorose Vorgehen der Ministerialbürokratie im Reichs-

finanzministerium, welche mit allen Mitteln dahin wirkt, daß das Lohnsystem der Reichsverwaltungsarbeiter auch auf die übrigen Arbeitnehmergruppen Anwendung finden soll.

Polenske legte dann Richtlinien für die Bezirksverhandlungen vor, welche von den Gewerkschaften ausgearbeitet waren. Diese Richtlinien sollten verhindern, daß die Löhne bezirklich nicht weiter gesenkt werden können, weil den Gemeindearbeitern weitere Opfer nicht zugemutet werden dürfen. Er schloß mit dem Hinweis, daß unsere Organisation eine weitere Verschlechterung der Lebenslage für die bei den Gemeinden beschäftigten Arbeiter nicht kampflos hinnehmen würde.

Nach stundenlangen Beratungen, bei denen der Reichsarbeitsgeberverband keinerlei Entgegenkommen zeigte, sind dann die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden. Da Ende dieses Monats sämtliche Bezirks- und Ortslohnverträge ablaufen, liegt nunmehr die Entscheidung bei den Bezirken. Aller Voraussicht nach dürften sich auch diese Verhandlungen außerordentlich schwierig gestalten, so daß höchste Kampfbereitschaft der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner geboten ist.

Für die Frauen

Frauenlisten!

In Groß-Stuttgart hatten die Frauen bei den württembergischen Gemeindewahlen eine eigene Frauenliste aufgestellt, und zwar aus dem Grunde, weil die Parteien, mit Ausnahme des Zentrums und der Kommunisten, keine Frauen an einigermaßen günstigen Stellen auf die Liste gesetzt hatten — laut Bericht in „Frau“, vom Januar 1932. Die Frauenliste erhielt 4790 Stimmen. Um ein Mandat zu erhalten, wären aber 6500 Stimmen notwendig gewesen.

Diese 4790 Stimmen sind also den andern Parteien verlorengegangen. Wir Sozialisten wollen grundsätzlich keine Frauenlisten, weil wir nicht einseitige Interessen vertreten. Indem wir für die „allgemeinen Menschenrechte“ eintreten, arbeiten wir für alle unterdrückten Menschen, die Frauen eingeschlossen. Es ist aber notwendig, daß die SPD. genügend vielen Frauen Gelegenheit gibt, in die Parlamente zu kommen. Dazu gehört, daß allmählich ein immer größerer Prozentsatz von Frauen in die Wahlliste aufgenommen wird, und daß sie weiterhin an aussichtsreiche Stellen in ihr kommen. Das mag, wie im Stuttgarter Fall, zuweilen scheitern; grundsätzlich müssen wir aber darauf bestehen. In allen Fragen des öffentlichen Lebens ist der Einfluß und die Entscheidung beider Geschlechter notwendig. Denn mehr als die Hälfte des Volkes besteht aus Frauen, und was in den Parlamenten beschlossen wird, trifft also die Frauen in noch höherem Maße als die Männer. Und wenn die Männer auf manchen sachlichen Gebieten bessere Sachkennner sind, so die Frauen auf anderen.

Die Nationalsozialisten ziehen jetzt mit 162 Abgeordneten in den Preussischen Landtag ein. Unter ihnen ist nicht eine einzige Frau, da die Nazis grundsätzlich die Frauen aus allen öffentlichen Ämtern heraushaben wollen. Dadurch wird die Lage für uns Frauen im preussischen Parlament noch ungünstiger als bisher. Im alten Landtag hatten die Frauen 45 Mandate inne, im neuen nur noch 28. Also unter 422 Abgeordneten nur 28 weibliche, das bedeutet etwa 7 Proz.! Sie verteilen sich auf 5 Parteien: die SPD. hat unter 93 Abgeordneten 14 Frauen, die KPD. unter 57 Abgeordneten 4 Frauen, das Zentrum unter 67 Abgeordneten 8 Frauen, die Deutschnationalen unter 30 Abgeordneten 1 Frau, die Deutsche Volkspartei unter 7 Abgeordneten 1 Frau. Wir Sozialisten haben also nicht nur die größte Zahl weiblicher Abgeordneten im Preussischen Landtag, sondern auch den höchsten Prozentsatz an Frauen. Das ist für uns von ganz besonderer Bedeutung und beweist, daß die SPD., getreu ihrer Tradition, es als ihre Pflicht betrachtet, die Frauen als gleichberechtigten Faktor im politischen Leben anzuerkennen. Was uns aber nicht abhalten darf zu fordern, daß unsere politische Vertretung — unserer Bedeutung im öffentlichen Leben gemäß — allmählich umfangreicher werde. Henry Schumacher.

Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1931

Das Jahr 1931 trägt mehr als jedes andere der zurückliegenden Krisenjahre das Gepräge einer von revolutionären Zuckungen getragenen Zeitenwende. Es begann mit unheil kündenden Zeichen und endete mit einem gewaltsamen Eingriff in Gestalt der 4. Notverordnung in das gesamte Getriebe der deutschen Volkswirtschaft. Mit elementarer Gewalt, gleich einem Riesenbrande, brach das Unheil herein und legte so manche der von den ehemals so bewunderten „Wirtschaftsführern“ so „kunstvoll“ aufgebauten Riesenunternehmen hinweg. Die Macht des Kapitals, verkörpert in Mammutgesellschaften, mächtigen weltbeherrschenden Banken, krachte in allen Fugen; vieles von dem ehemaligen Glanz ehemaliger Macht und Größe ging dabei in Trümmer. Wachsende Not der Besitzlosen, steigende Arbeitslosigkeit bringt dem Einfältigsten die Erkenntnis von dem Widersinn der privaten Kapitalwirtschaft, die bislang von den Kapitalmächten als göttliche Weltordnung verherrlicht wurde.

Man muß schon diesen weiten Ausflug in die Geschehnisse des vergangenen Jahres, des Jahres der Zeitenwende, machen, man muß den ganzen Horizont der privaten Kapitalwirtschaft einmal überblicken, um die im Jahre 1931 von den Gewerkschaften geführten Sicherungs- bzw. Abwehrkämpfe gegenüber dem katastrophal hereingebrochenen Unheil richtig werten zu können.

Unsere Organisation, der Gesamt-Verband, führte im Jahre 1931 nicht weniger als 2252 sogenannte regelrechte Lohnbewegungen. Dazu kommen die durch die 4. Notverordnung zwangsläufig ausgelösten Bewegungen, die sich auf rund 1900 Lohnstarife erstreckten. Will man diese den ersteren hinzurechnen, so ergibt das eine Zahl von nicht weniger als 4152 Bewegungen. Doch es kommt in solchen Zeitläufen wie den gegenwärtigen nicht mehr auf die Zahl der kleinen oder großen, einmal oder mehrmals geführten Kämpfe an, sondern entscheidend ist geworden das Ergebnis der vom Gegner uns aufzuzwingenden Abwehrschlacht. Und die Kämpfe des Jahres 1931 waren zu 93 Proz. ein einziger in Intervallen sich vollziehender Abwehrkampf mit dem Ziel, den Stand der Löhne bzw. den Tarifvertrag zu verteidigen und damit das Organisationsgefüge an sich. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist volkswirtschaftlich geschult genug, um zu erkennen, um was es bei diesem Angriffskampf des Unternehmertums gegen die von den gewerkschaftlichen Organisationen behaupteten Positionen ging und heute noch geht. Das privatkapitalistisch orientierte Unternehmertum, geleitet von der dem völligen Zusammenbruch geweihten Wirtschafts-ideologie des freien Spiels der Kräfte, erstrebt die entschundenen Zeiten des individuellen Arbeitsvertrages, erstrebt die Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation.

Die 2252 Bewegungen erstreckten sich auf 608 Orte, 77 816 Betriebe mit 1 046 675 Beschäftigten. An den 2252 Bewegungen waren insgesamt beteiligt 961 758 Personen, darunter 137 580 weibliche.

Von der Gesamtzahl entfallen auf Bewegungen ohne Arbeitseinstellung 2222 oder 98,7 Proz. und auf Bewegungen mit Arbeitseinstellung 30 oder 1,3 Proz. Die 2222 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung gliedern sich in 146 oder 6,6 Proz. Angriffsbewegungen und 2076 oder 93,4 Proz. Abwehrbewegungen. Die 146 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung erstreckten sich auf 79 Orte, 3874 Betriebe mit 70 407 Beschäftigten. Die 2076 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung erstreckten sich auf 505 Orte, 73 136 Betriebe mit 967 661 Beschäftigten. Und die 30 Bewegungen mit Arbeitseinstellung (Abwehr) erstreckten sich auf 24 Orte, 805 Be-

triebe mit 8 607 Beschäftigten. Das besondere Kennzeichen der Lohnbewegungen des Jahres 1931 ist geprägt im Charakter der Abwehr.

Gründe oder Anlaß der Bewegungen lagen vorwiegend auf dem Gebiete des Lohnes. Für 813 616 oder 84,5 Proz. der an den Bewegungen Beteiligten (961 758) mußte eine Lohnsenkung im Durchschnitt je Kopf und Woche von 4,86 Mk. oder bei einer 48stündigen Arbeitswoche 10 Pf. je Stunde in Kauf genommen werden. Bei den männlichen (686 626) ergibt sich ein Lohnabbau je Kopf von wöchentlich 5,23 Mk. oder 10,9 Pf. die Stunde, bei den weiblichen (126 990) je Kopf von wöchentlich 2,87 Mk. oder 6 Pf. je Stunde.

Die Lohnsenkungen wären nach dem Willen der Unternehmer noch weit höher ausgefallen. Das beweisen die Ziffern über das Ergebnis der Abwehr. Es wurde abgewehrt eine Lohnsenkung für insgesamt 382 638 Beteiligte im Durchschnitt von 4,81 Mk. je Kopf und Woche oder 10 Pf. je Stunde. Um Irrtümern zu begegnen, sei bemerkt, daß diese Ziffer sich aus absoluten Erfolgen und mehr oder minder bemerkenswerten Teilerfolgen der geführten Abwehrbewegungen zusammensetzt, also mit der ersteren Ziffer über eingetretene absolute Lohnsenkung nur relativ vergleichbar ist. Doch zeigt die Ziffer an, um wieviel mehr die Löhne nach den Wünschen der Arbeitgeber gesenkt werden sollten und ferner, in welchem Umfange sich unsere Abwehrerfolge bewegen.

Die 4. Notverordnung brachte für 957 548 Beschäftigte, darunter 144 589 weibliche, eine weitere Senkung der Löhne, im Durchschnitt 9,8 Proz. Absolut ist für 812 959 männliche eine Senkung von 7,8 Pf. und für weibliche eine solche von 4,5 Pf. je Stunde eingetreten. Den gesamten Lohnabbau veranschaulicht am besten das nachfolgende Zahlenbild:

	Männliche	Weibliche	Gesamtdurchschnitt
	Pf.	Pf.	Pf.
Lohnbewegungen . . .	10,9	6,0	10,3
4. Notverordnung . . .	7,8	4,5	7,3
Insgesamt	18,7	10,5	17,3

Der im Jahre 1931 erfolgte Lohnabbau gleicht einem recht sehr bemerkenswerten Erdbeben, wenn man bedenkt, daß der Gesamtdurchschnitt 17,3 Pf. oder etwa 20 Proz. beträgt. Bei den Männlichen sind die Löhne um 18,7 Pf., etwa 21 Proz., bei den Weiblichen um 10,5 Pf., etwa 13 Proz., gesenkt worden. Der in der deutschen Volkswirtschaft in die Erscheinung getretene Abwertungsprozeß hat die Lohnarbeiterschaft am schwersten getroffen. Gegenüber der allgemein erfolgten Preisenkung ist die Lohnsenkung um mehr als 100 Proz. stärker ausgefallen.

Der Lohnabbau innerhalb unseres Organisationsbereiches auf Grund der 4. Notverordnung von nur 9,8 Proz. findet seine Erklärung in dem Umstand, daß in verschiedenen Gruppen die Löhne allzu niedrig lagen, bereits dem Stande von 1927 entsprachen, also ein weiterer Abbau nicht angängig oder nur in mäßigen Grenzen zulässig war. Das veranschaulicht die beigegebene Uebersicht.

Das Gesamtbild über unsere Lohnbewegungen im Jahre 1931 spiegelt wider die schwere Systemkrise der privaten Kapitalwirtschaft. Aus dem weltwirtschaftlichen Chaos tauchen auf Symptome für neuartige Wirtschaftsformen auf der Grundlage einer Planwirtschaft, die getragen ist von höchster Wirtschaftlichkeit und höchster Gerechtigkeit.

Kaver K a m r o w s k i.

Gesamtzusammenstellung des Lohnabbaues ab 1. Januar 1932 in Prozenten auf Grund der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931.

Reichs- abteilungen	P r o z e n t e															Nicht gemel- det	Ins- gesamt		
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			15	üb.15
	B e s c h ä f t i g t e																		
A	2 685	—	—	1 728	1 058	2 291	140	516	873	6 078	294 661	—	382	615	77	6 787	290	—	318 181
B	61	—	15	—	—	8	144	—	249	84	64 295	—	75	—	1 259	126	1 427	67 743	
C	889	60	2 048	2 711	5 037	2 914	15 193	8 728	9 974	18 293	73 823	1 896	21 668	8 758	9 813	39 898	1 507	28 756	251 966
D	—	—	—	—	—	—	1 000	416	620	1 440	104 668	800	104	11 358	2 289	346	—	3 220	126 261
E	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	74 000	—	—	—	—	—	—	—	71 000
F	7 852	—	—	271	84	1 203	102	—	981	22 539	61 554	—	8 684	496	405	4 120	198	11 353	119 842
Haus- und Wachst. G.	32 149	—	—	—	—	—	130	141	—	467	10 052	10	93	97	448	724	—	896	45 207
Summa	43 636	60	2 063	4 710	6 179	6 416	16 709	9 801	12 697	48 901	683 053	2 706	31 006	21 324	13 032	53 134	2 121	45 652	1 003 200
	957 548 = 100 Prozent																		
	4,6	—	0,2	0,5	0,6	0,7	1,8	1,0	1,3	5,1	71,3	0,3	3,2	2,2	1,4	5,6	0,2		
	Im gewogenen Durchschnitt 9,8 Prozent																		

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 21

Berlin, den 21. Mai 1932

3. Jahrgang

Zum 8. Kongreß der Internationale des Personals in öffentlichen Diensten

Vom 26. bis 28. Mai tagt in London der 8. ordentliche Kongreß der Internationale des Personals öffentlicher Dienste, dem eine Sitzung der Geschäftsleitung und des Vorstandes unmittelbar vorausgeht.

Der letzte Kongreß tagte 1929 in Stockholm. Die Zeit seitdem wird charakterisiert durch den Abstieg von dem Höhepunkt der Konjunktur in der Weltwirtschaft zu einer Depression, wie sie die Welt vorher nie gekannt hat und die Veränderung der politischen Situation im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Geschehen zuungunsten der Arbeiterschaft. Immerhin fallen in diese Periode auch einige politische Faktoren, die wir mit Genugtuung feststellen können, wie die Räumung der besetzten Gebiete Deutschlands von fremden Truppen, die Errichtung der Republik in Spanien und die wachsende Einsicht in die Unhaltbarkeit der Reparationen.

Die Krise hat nun am Ende dieser drei Jahre alle Länder erfaßt, auch jene, die wie Frankreich und Schweden lange als glückliche Inseln inmitten des weltwirtschaftlichen Zusammenbruchs betrachtet werden konnten. Alle der Internationale angehörenden Verbände bekamen sie im letzten Jahre sehr stark zu spüren, überall versuchte man jetzt die Staats- und Gemeindefizite durch Senkung der Löhne und Gehälter des Personals in öffentlichen Diensten zu verringern. Im reichen und mächtigen Frankreich müssen wir das ebenso feststellen wie im armen und politisch machtlosen Deutschland. Freilich das Ausmaß der Lohn- und Gehaltskürzungen ist überall verschieden. Am schwersten geprüft worden die Arbeitnehmer in Deutschland, Oesterreich und Polen. Mit Genugtuung dürfen wir aber verzeichnen, daß überall unsere Organisationen mit aller Kraft sich den Lohn-abbauanstrebungen entgegenstellen. Trotz Krise und Arbeitslosigkeit haben sich unsere Verbände unerschüttert behauptet.

Die Zeit des unaufhaltsamen wirtschaftlichen Niedergangs seit Stockholm wurde für unsere Internationale jedoch eine Periode organisatorischen Aufstiegs und gesteigerter Aktivität. Das ist nicht zuletzt der Tatsache zuzuschreiben, daß das Sekretariat der Internationale durch Beschluß des letzten Kongresses nach Deutschland verlegt wurde und seine Arbeit sich so vom Geiste unseres alten Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes durchdringen lassen konnte. (Der Internationale gehören heute die Reichsabteilungen A und B des Gesamt-Verbandes an.)

In der neuen Geschäftsperiode wurde zum vierten Male damit begonnen, ein internationales Bulletin oder Mitteilungsblatt herauszubringen. Während die früheren Versuche nie über die erste Nummer hinaus kamen, erscheint das Bulletin jetzt im 3. Jahrgang. Es wird vierteljährlich in vier Sprachen veröffentlicht, bringt Nachrichten über die angeschlossenen Verbände, Untersuchungen des Sekretariats über Probleme und Fragen aus dem Bereich unserer Organisationen und Abhandlungen aus unseren Fachgebieten. Unsere Verbände erhalten soviel Exemplare gratis als sie Ortsgruppen zählen.

Die wichtigsten Ereignisse in der Zeit seit dem letzten Kongreß waren die beiden internationalen Fachkonferenzen, die die Internationale organisierte. Fachkonferenzen sind Eigenheiten der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die nun auch in anderen Ländern nachgeahmt werden. Im Kreise unserer Internationale waren sie schon seit Jahren verlangt

worden, durchgeführt wurden sie aber erst, nachdem das Sekretariat seinen Sitz wieder in Deutschland erhielt.

Die erste für das Personal der GEW.-Werke fand in Kiel im Jahre 1930 im Anschluß an die Tagung der Reichsabteilung A des Gesamt-Verbandes statt. Sie gab zum erstenmal einen internationalen Ueberblick über die Lohn- und Organisationsverhältnisse der Arbeitnehmer der GEW.-Werke. Vom deutschen Verband erstattete Kollege Orlopp einen ausgezeichneten und umfangreichen Bericht über die Gas-, Elektrizität- und Wasserwirtschaft in internationalem Ausmaß. Der Bericht ist als Sonderdruck in der Schriftenreihe des Gesamt-Verbandes erschienen. Interessant war auf der Konferenz auch die Diskussion über die Frage der Personalvertretung, da sie die verschiedenartige Auffassung über die Form der Vertretung zeigte, die im Rahmen der Internationale besteht. Das Protokoll der Konferenz wurde ein stattlicher Band, der für jeden, welcher sich für die Verhältnisse der Arbeitnehmer der GEW.-Werke stärker interessiert, eine Fülle aufschlußreichen Materials enthält.

Im folgenden Jahre fand eine internationale Fachkonferenz für das Personal im Gesundheitswesen statt. Die Reichssekktion Gesundheitswesen ist die größte Organisation dieser Arbeitnehmer in der Welt. Charakteristisch für sie ist, daß sie alle Gruppen der im Gesundheitswesen Tätigen umfaßt, daß sie die Interessen des Pflegepersonals ebensowohl wie des technischen und Hauspersonals wahrnimmt. Ihr Vertreter Kollege Paul Levy behandelte auf der Konferenz die Frage der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten. Die sich aufdrängenden Probleme waren so interessant und zahlreich, daß alle Teilnehmer bedauerten, daß die Konferenz nicht länger dauerte. Ueber sie wurde in der „Gewerkschaft“ und insbesondere in der „Sanitätswarte“ ausführlich berichtet. Auch von ihr ist ein umfangreiches Protokoll in vier Sprachen erschienen. Die beiden Konferenzen werden ihre Auswirkungen in der internationalen Arbeitsgesetzgebung zeigen.

Alle internationalen Organisationen der Arbeiterschaft haben als gemeinsame Aufgabe den Kampf für den Frieden. Aus der Tätigkeit unserer Internationale erwächst ein größeres gegenseitiges Sichverstehen der uns angeschlossenen Arbeitnehmergruppen. Da sie einen großen und sehr wichtigen Teil der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder und ihrer Völker darstellen, dient so unsere Internationale der Festigung des Friedens zwischen den Nationen. Darüber hinaus wirkt sie noch in ihrer besonderen Art gegen Krieg und Völkerverhetzung. Endlich tagt die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes. Ihr sucht unsere Internationale den Weg zu zeigen, auf dem das Fortschreiten der Abrüstung am besten gesichert werden könnte. Er besteht in der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. Das ist die dem Personal in öffentlichen Diensten gemäßeste Forderung: macht die Munitions- und Waffenbetriebe zu einem Bestandteil der öffentlichen Wirtschaft, solange nicht völlig abgerüstet ist. Solange es eine private Rüstungsindustrie gibt, muß sie, da sie doch verdienen will, für das Rüsten sein, also die Abrüstung aufs schärfste bekämpfen. Diese Gefahr für den Frieden wird durch die Verstaatlichung beseitigt. Mit einer solchen Forderung hat sich unsere Internationale an die Abrüstungskonferenz in Genf gewandt.

Nun stehen wir vor dem 8. Kongreß. Entsprechend den vielen uns bestürmenden Problemen in dieser aufgewählten Zeit ist die Tagesordnung reich besetzt. Es wird deshalb eine für die weitere Geschichte unserer Internationale wichtige Tagung werden. Zugleich gilt es Rechenschaft abzulegen über die Tätigkeit seit Stockholm.

Als Tagesordnung des Kongresses ist vorgesehen: 1. Tätigkeitsbericht des Sekretärs. — 2. Der Kampf um die öffentliche Wirtschaft. Berichterstatter: Dr. Hans Oprecht, Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienste, Zürich. — 3. Die Arbeits- und Organisationsverhältnisse der Feuerwehr. Berichterstatter: Erich Grollmus, Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe usw. Berlin. — 4. Unfälle und Berufskrankheiten. Berichterstatter: Charles Dukes, National Union of General and Municipal Workers, London. — 5. Weltarbeitslosigkeit, Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzung. Berichterstatter: Torbjon Henriksen, Norsk Kommuneforbund, Oslo. — 6. Abrüstung. Berichterstatter: Ernest Michaud, Fédération Nationale du Personnel des Services Publics des Départements, des Villes et des Communes, Paris. — 7. Statutenänderung. — 8. Wahlen. Valtin Hartig.

Tarifvertrag für die Lohnempfänger im Bereich der Reichsanstalt

Nach langwierigen Verhandlungen ist es nunmehr möglich gewesen, mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Tarifvertrag für die Lohnempfänger dieses Bereichs abzuschließen. Es kommt durch diesen Tarifabschluß für die Lohnempfänger der Reichsanstalt der jeweils geltende Tarifvertrag für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen (TAR.) zur Anwendung. Alle unsere Versuche, für die hier in Betracht kommenden Arbeitnehmer bessere Bestimmungen gegenüber dem TAR. durchzusetzen, sind leider gescheitert. Durch den Widerstand der in Frage kommenden Instanzen sind auch unsere Forderungen bezüglich der Zahlung des Differenzbetrages sowie der Weitergewährung des besseren Urlaubs für die Feinerzeit auf Grund des § 228 ADABG. übernommenen Kollegen unberücksichtigt geblieben. Es wird von der Gegenseite die Auffassung vertreten, daß der § 228 ADABG. nur für eine Uebergangszeit Geltung hatte und nunmehr durch die Notverordnungen aufgehoben sei, da durch die letzteren Regierungsmaßnahmen die Anpassung der Löhne an die der Reichsarbeiter verlangt wird. Auf Grund dieser erneuten Schwierigkeiten wurde in einer Funktionärerversammlung der Berliner Kollegen nochmals zu der Frage des Tarifabschlusses Stellung genommen. Die Funktionäre erklärten, daß es für die Mitgliedschaft bei der Reichsanstalt kein Idealzustand sei, wenn nunmehr die Bestimmungen des TAR. für sie rechtlich vereinbart werden sollen,

andererseits sei aber der gegenwärtig bestehende Zustand ganz unerträglich. Demzufolge stimmten die Funktionäre für den Abschluß der nachstehenden Vereinbarung vom 6. Mai 1932 mit großer Mehrheit zu:

Artikel 1. Der Tarifvertrag für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen (TAR.) wird in seiner jeweiligen Fassung nebst den dazu vereinbarten Ausführungsbestimmungen in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entsprechend angewendet, soweit sich aus dem nachfolgenden nicht etwas anderes ergibt.

Artikel 2. Zu § 3 Abs. 1 Satz 1 Abs. 2 TAR. Reichsdienst im Sinne des Tarifvertrages für die Arbeiter der Reichsverwaltungen ist die Zeit des Bestehens eines Dienstverhältnisses bei einer Dienststelle der Reichsanstalt. Der Dienstzeit bei der Reichsanstalt steht gleich die Dienstzeit bei Arbeitsnachweiseinrichtungen, die auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922 (Reichsgesetzblatt I S. 657) in ein Arbeitsnachweisamt oder auf Grund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 (Reichsgesetzblatt I S. 187) in die Reichsanstalt überführt worden sind, sowie bei Erwerbslosenfürsorgeabteilungen der Gemeinden oder Gemeindeverbände.

Artikel 3. Zu § 21 TAR. Eine Verpflichtung zum Beitritt zur Zusatzversicherungsanstalt des Reichs und der Länder besteht nicht.

Artikel 4. Zu § 27 Abs. 3 TAR. Ist die Dienstunfähigkeit die Folge einer Körperverletzung, die dem Arbeiter ohne sein Verschulden durch nicht im Dienst der Reichsanstalt stehende Personen wegen seiner dienstlichen Tätigkeit zugefügt worden ist, so wird der Krankengeldzuschuß über die im Abs. 1 festgesetzten Fristen hinaus bis zur Wiederherstellung oder bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Arbeiter eine Invalidenrente erhält (§ 1251 RVD.), längstens jedoch für die Dauer von 26 Wochen und nicht über die Dauer des Dienstverhältnisses hinaus weitergezahlt. Steht dem Arbeiter in diesem Falle ein Anspruch auf Ersatz des Schadens gegen einen Dritten zu, so geht der Anspruch in Höhe der von der Reichsanstalt auf Grund dieser Bestimmung zu gewährenden Leistungen auf sie über.

Artikel 5. Diese Vereinbarung tritt mit dem 1. Oktober 1931 in Kraft. Mit dem gleichen Tage verliert die durch den Schiedspruch vom 19. August 1929 getroffene Regelung ihre Gültigkeit. Die Vereinbarung kann nur zum 31. März jedes Jahres gekündigt werden. Die Kündigung muß dem anderen Teil vor dem 1. Januar zugegangen sein. Der Vertrag kann nur gegenüber allen Vertragsteilnehmern der Arbeitnehmerseite gekündigt werden. — Die Vereinbarung tritt ferner für den Fall außer Kraft, daß der TAR. aufgelöst wird, ohne daß an seine Stelle ein neuer Tarifvertrag tritt.

Protokollarische Erklärungen. Zu § 11 des TAR. Die Vereinbarung vom 28. Januar 1930 über die Ordnungszulagen wird durch dieses Abkommen nicht berührt.

Zu Artikel 3. Das Abkommen des Reichs und der Länder betreffend zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeiter bei den Reichsverwaltungen vom 17. September 1928 wird bis auf Widerruf zugunsten der unter diese Vereinbarung fallenden Arbeiter angewendet, ohne daß ihnen ein Rechtsanspruch auf die entsprechenden Leistungen eingeräumt wird. — Den auf Grund des § 228 ADABG. übernommenen Arbeitern bleibt jedoch eine Versorgung, die ihnen von dem letzten Arbeitgeber eingeräumt worden ist, in Höhe des Bestandes vom Tage vor ihrem Uebertritt zur Reichsanstalt gewahrt.

Milwaukee hat eine gefüllte Stadtkasse

Während andere Städte und sogar Staaten heute unter einer ungeheuren Schuldenlast dem Bankrott nahestehen, erfreut sich Milwaukee im Staate Wisconsin nicht nur einer gesunden finanziellen Basis, sondern soll sogar drei Millionen im Stadttaschelein haben. Dieses finanzielle Wunder hat Milwaukee seiner sozialistischen Verwaltung zu verdanken, die seit 21 Jahren dort das Regime führt und soeben mit überwältigender Majorität und in verstärkter Zahl wieder gewählt worden ist.

Von allen Seiten wurde der Bürgermeister, Genosse Hoan, mit Fragen bestürmt, wie es möglich gewesen ist, Milwaukee auf eine solche finanzielle Sicherheit zu stellen, ohne die Steuern bedeutend zu erhöhen. In einer Artikelserie, die im „New Leader“ erschien, einem sozialistischen Wochenblatt, der hier das Wesentlichste entnommen ist, gab Genosse Hoan unlängst darauf Antwort. Als die sozialistische Partei im Jahre 1910 in die Stadthalle einzog, fand sie Milwaukee genau so verschuldet wie es die meisten Städte heute sind. Die Stadt hatte neun Schulhäuser zu wenig, Brücken und Straßen befanden sich in schlechtem Zustande, es fehlte an Spielplätzen für die Kinder, der Pensionsfonds für die Feuerwehrleute und die Polizisten wies ein Defizit von zwei Millionen Dollar auf. Alle früheren Verwaltungen hatten, um Stimmen zu fangen, niedrige Steuern versprochen und die Ausgaben der Stadt zum großen Teil mit geborgtem Gelde gedeckt. Für dieses geborgte Geld mußten natürlich Zinsen bezahlt werden und diese Zinsen häuften sich auf von Jahr zu Jahr und verschuldeten die Stadt immer mehr, gerade so, wie es noch heute in den meisten Städten geht. Die sozialistische Verwaltung machte es sich zur

Aufgabe, zuerst mit diesem Borgsystem aufzuräumen, und so dafür zu sorgen, daß die Lawine von Schulden nicht noch mehr anwache.

Im Stadtrat wurde eine Ordonnanz passiert, nach der es der Stadt verboten war, ihren Teil an der Straßenpflasterung durch Bondausgabe zu decken, und eine zweite derselben Art, die dasselbe Verbot erzwang für die Reinigung von Flüssen und dergl. Statt der Bondausgabe wurde in beiden Fällen eine neue geringe Steuer eingeführt. Dann wurde das Budget auf eine äußerst ökonomische Basis gebracht, ohne indessen am Notwendigen zu sparen. Für jede Abteilung wurde sorgfältig die Summe erwogen, die im laufenden Jahre gebraucht werden würde, und damit mußte hausgehalten werden. Nach diesem mit Sparjamkeit berechneten Budget wurden die Steuern erhoben, und seither hat die Stadt statt des üblichen Defizits einen Ueberschuß zu verzeichnen gehabt.

Um noch ökonomischer zu wirtschaften, richtete man ein zentrales Einkaufsbüro ein, dessen Aufgabe es ist, alles Material und alle Gebrauchsgegenstände für die Stadt einheitlich auf großer Basis zu kaufen, und wodurch hier wieder 10 Proz. erspart wurden. Sodann hatte die Stadt jährlich einen Verlust zu verzeichnen gehabt durch die Steuern, die wegen Verzugs oder Bankrott nicht bezahlt worden waren. Dieser Verlust war natürlich bisher auch durch geborgtes Geld gedeckt worden. Auch damit räumte die neue Verwaltung auf durch eine neue geringe Steuer und sparte damit die Zinsen für sonst geborgtes Geld.

Die Schulen allein waren bisher mit Bargeld finanziert worden, das durch die Steuern einkam. Alle anderen Abteilungen wurden mit Einnahmen finanziert, die sich aus diversen kleinen Beträgen, wie Aufsteuer, Hundesteuer und dergl. ergeben und der größte Teil dieses Geldes wurde geborgt und bei der jährlichen

Nach diesem Abkommen treten die Bestimmungen des Artikels 2 an die Stelle des § 3 TAR. Von der Reichsanstalt wurde die Abweichung damit begründet, daß es sich hier um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts handelt und die Reichsanstalt auch vom Reiche bei allen diesbezüglichen Maßnahmen ausgenommen wird. — Zu Artikel 3 ist die dazugehörige protokollarische Erklärung zu beachten. Danach kommt das Uebergangsabkommen der Reichsarbeiter vom 17. September 1928 auch für die Lohnempfänger der Reichsanstalt zur Anwendung. Abweichend hiervon sollen die aus den früheren Gemeindediensten übernommenen Arbeitnehmer im Versorgungsfalle behandelt werden, wenn sie bei ihrem früheren Arbeitgeber schon Versorgungsansprüche vor ihrem Uebertritt zur Reichsanstalt erworben hatten. In diesen Fällen würde die Reichsanstalt die Versorgung gewähren, die bis zum Ausscheiden aus dem Gemeindedienst auf Grund der früheren Beschäftigungszeit erreicht wurde.

Allgemein mag zu der Versorgungsangelegenheit der Lohnempfänger bei der Reichsanstalt noch darauf hingewiesen sein, daß gegenwärtig Verhandlungen über den Abschluß einer Ruhegeldordnung für die Angestellten mit der Reichsanstalt schweben und wenn diese Beratungen zu einem Erfolg führen, auch für die Lohnempfänger eine neue Situation nach dieser Richtung gegeben sein wird.

Die bisher gewährten Ordnerzulagen bleiben bestehen. Unsere Bemühungen werden nunmehr nach dem Vorliegen dieser Rechtsgrundlage auch dahin ausgedehnt werden können, daß die Anwendung des § 11 TAR. in den dafür berechtigten Fällen erfolgt.

Zusammenfassend sei darauf verwiesen, daß unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Reichsanstalt durch diesen Abschluß endlich einmal zu klaren Rechtsverhältnissen bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gelangt sind. Damit muß es gleichzeitig mit den einseitigen Verfügungen der Reichsanstalt zu Ende sein. Die Betriebsräte werden mit uns dafür sorgen, daß die Einhaltung des Tarifvertrages in allen Fällen erfolgt, was um so eher möglich ist, wenn die Beschäftigten geschlossen ihrer Organisation, unserem Gesamt-Verband, angehören. W. R.

RUNDSCHAU

Spucknapf-Statistik. Von einer Berliner Behörde berichtet der „Dorimunder General-Anzeiger“ — leider nennt er sie nicht, schreibt aber, daß sie zur Pflege des Verkehrs nicht gerade entbehrlich sei — folgenden reizvollen Erlaß:

„Es ist festzustellen, wieviel Zeit eine Schwerkraft braucht, um a) einen Spucknapf, b) ein Klotz, c) einen Quadratmeter Fußboden 1. mit trockenem Lappen, 2. mit nassem Lappen zu reinigen. Das Ergebnis dieser Feststellungen dient statistischen Berechnungen.“

Trotz solcher „wichtigen“ Feststellungen behaupten böse Zungen, daß wir eine überflüssige Bürokratie und zuviel höhere Beamte haben.

Steuereinnahme mit Zinsen wieder zurückgezahlt. Die neue Verwaltung sah nun sehr bald ein, wieviel gespart werden könnte, wenn alle Abteilungen mit Bargeld finanziert würden wie die Schulen und sie erhob daher eine neue jährliche Steuer, um ein Departement nach dem anderen auf diese Bargeldbasis zu bringen. Das ist ihr bis jetzt bis zu drei Vierteln gelungen und in drei Jahren wird sie alle Abteilungen der Stadt dahin gebracht haben, daß kein Geld mehr zu ihrem Betrieb geborgt werden muß. Weitere 40 000 Dollar wurden gespart durch die Abzüge, die gemacht werden konnten bei Barzahlung für Arbeiten, die für die Stadt ausgeführt wurden. Diese 40 000 Dollar sind wiederum genug, um das Einkaufsdepartement zu finanzieren.

Ein Amortisationsfonds. War es der Verwaltung gelungen, die laufenden Ausgaben auf eine gesunde Stufe zu bringen, so blieben immer noch die Zinsen, die für die vielen Bondausgaben früherer Administrationen gezahlt werden mußten. Um dieses Problem zu lösen, arbeitete man einen neuen Plan aus, der in keiner Stadt der Welt seinesgleichen hat, wie Genosse Hoan versichert. Man schuf einen Amortisationsfonds, durch den in dreißig Jahren die Schulden der Stadt getilgt sein werden.

Woher nimmt die Stadt Milwaukee das Geld für diesen Fonds? Es war bisher Brauch in der Stadt, wie es in den meisten anderen Städten ist, die Gelder, die aus den Steuern einkamen, in einer Bank zu deponieren, wobei das Geld 2 Proz. Zinsen trug. Die sozialistische Verwaltung legte das Geld auf sichere Staatspapiere an, die 3 bis 5 Proz. Zinsen trugen. Wenn das Geld auch nur auf kurze Zeit verzinst wurde, so wuchs doch bei Millionen von Dollar das Zinsengeld ganz bedeutend an. Die Hälfte dieses Zinsengeldes wurde für den Amortisationsfonds

GAS • ELEKTRIZITÄT • WASSER

Charlottenburger Wasser verlieren 2 Mill. Bankguthaben. Wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, hatte am 11. Mai die Verwaltung der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G., Berlin, vor einiger Zeit den merkwürdigen Vorschlag gemacht, für das am 30. September 1931 zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1931 statt einer Dividende Genußscheine im Werte von 7 Proz. des Kapitals auszugeben, die zum Teil sofort von der Gesellschaftsbank — Josef Goldschmidt u. Co. — ausgelöst werden sollten. Plötzlich wurde dieser Vorschlag zurückgezogen, ohne Angabe von Gründen. Die Aufklärung, die die Verwaltung am 11. Mai der neu berufenen Generalversammlung auf Drängen der Aktionäre geben mußte, war einigermaßen sensationell. Das Bankhaus Goldschmidt u. Co., das neben dem Dessauer Gaskonzern der führende Großaktionär war und den Aufsichtsratsvorsitzenden in der Person des Dr. Goldschmidt stellte, war nicht in der Lage gewesen, die zur Teileinföhung der Genußscheine erforderlichen 1,8 Millionen Mark bereitzustellen, obwohl die Guthaben der Charlottenburger Wasser bedeutend höher waren. Infolge 40jähriger Uebung seien die flüssigen Mittel stets bei Goldschmidt u. Co. gehalten worden — das Großaktionärsbankhaus hat mit den Geldern gearbeitet; es ist zahlungsunfähig geworden. Die Charlottenburger Wasserwerke haben eine neue Bilanz vorlegen müssen, in der auf die Bankguthaben von 2,3 Millionen Mark nicht weniger als 2 Millionen Mark abgeschrieben wurden. Merkwürdig ist, daß die Gesellschaft noch vor kurzem von Goldschmidt u. Co. 3 Millionen eigene Aktien (von 60 Millionen Mark Kapital) gekauft hat, und zwar eine Million zu 60 Proz. in Aufrechnung gegen 0,6 Millionen Mark Forderungen gegen die Bank, aber zwei Millionen zu 70 Proz. gegen bar, so daß die Gesellschaft noch einmal 1,4 Millionen Mark flüssiger Mittel, die sie sich selbst bei anderen Banken borgte, weggeben mußte. Merkwürdig berührt auch das Bestreben des Vorsitzenden (Generaldirektor Meinhardt-Osram), einen Rechtsstreit mit Goldschmidt u. Co. zu vermeiden und eine „ruhige Abwicklung“ zu empfehlen, als hätten die Herren Angst, einander wehe zu tun! Mit Recht wies ein Aktionär darauf hin, daß die Charlottenburger Wasserwerke (wenigstens teilweise) höhere Preise nähmen und niedrigere Löhne zahlten als die städtischen Wasserwerke. Nimmt man noch hinzu, daß in der Generalversammlung die Meinung herrscht, daß ein Verlust von zwei Millionen Mark keine erhebliche Sache sei angesichts der sicheren Gewinnaussichten, so ist wieder erhärtet, daß Versorgungsbetriebe in die öffentliche Hand gehören! Schließlich werden alle Verwaltungsvorschläge (Bilanz, 4 Proz. Dividende) genehmigt; die Entlastung wurde nur Dr. Goldschmidt verweigert.

weggelegt. Jetzt beträgt dieser Fonds bereits über drei Millionen Dollar und wächst durch seine eigenen Zinsen und durch die weise Handhabung der ersparten Zinsen von Steuergeldern rasch von Jahr zu Jahr, so daß in den nächsten dreißig Jahren die gesamte Schuld der Stadt Milwaukee in Höhe von 45 Millionen Dollar getilgt sein wird. Dabei ist die Steuerrate Milwaukee, das 58 000 Einwohner zählt, nicht höher als die Durchschnittsrate in anderen amerikanischen Städten und ist jetzt sogar in der Abnahme begriffen.

Nun hat die Verwaltung nicht allein ökonomisch gewirtschaftet, sie hat auch bedeutende Verbesserungen zu verzeichnen. Eine große neue Pumpstation ist gebaut worden, die vier Millionen Dollar kostet, ein moderner Abfallbetrieb ist errichtet worden, durch den der Abfuhrstoff in Dünger verwandelt wird. Die Straßen, die sich in sehr schlechtem Zustand befanden als die jetzige Verwaltung die Kontrolle übernahm, gehören jetzt zu den bestgepflegtesten der Union, trotzdem sich die Stadt in der Zeit bedeutend ausgedehnt hat. Gegenwärtig baut Milwaukee den besten gemeindlichen Hafen in der Region der großen Seen, worauf bereits fast drei Millionen Dollar verwendet worden sind.

So braucht Milwaukee heute nicht einzustimmen in das hysterische Sparsamkeitsgeheul, das alle Gemeinden erfasst hat und wobei so oft fortschrittliche Erungenenschaften ausgelöst werden, die in jahrzehntelangem Kampf mühsam erworben wurden. Es hat nicht erst Betteln gehen müssen, um eine Summe für seine Arbeitslosen auszuflehen. Das alles ist aber nur möglich bei einer Verwaltung, die nicht Privatinteressen, sondern die Interessen der Allgemeinheit schützt.

3 i d m a n n, Chicago.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Vom Saulus zum Paulus

Dem rückwärtslosen Kampfe des Gartenbauern-Reichsverbandes gegen die öffentliche Hand hat der Gartenbaudirektor Giesen in Köln am Rhein lange Jahre als Kronzeuge gebient für die Behauptung, die städtischen Gartenverwaltungen arbeiteten viel zu teuer und unwirtschaftlich. Mit der in jener Organisation zu einer ganz besonderen Kunstfertigkeit entwickelten Fähigkeit, die Dinge so zurecht zu drehen, daß aus Tiefschwarz grelles Weiß oder aus gartenbaulichem Grün hitlerisches Rot mit Hakenkreuz wird, ist auch hier ein Ausspruch des Direktors Giesen, der sich nur auf eine ganz bestimmte Situation bezog, zur grundsätzlichen Gegnerschaft des jetzt so bekämpften Systems der öffentlichen Hand umgefälscht worden. Das ist nun doch schließlich dem Herrn Giesen zu viel und zu dumm geworden, und er stellt in einem Aufsatz in der „Gartenkunst“ (5. Heft 1932) dieses und noch einiges anderes richtig. In Verbindung mit der Bemerkung, daß in dem „Abwehrkampf“ des Reichsverbandes über seinen Dienstbereich die unmöglichsten Zwecklügen verbreitet werden, sagt er: „Ich habe vor etwa 5-6 Jahren festgestellt können, daß dies — die Behauptung der privaten Unternehmer, sie arbeiteten günstiger als die städtischen Verwaltungen — soweit es sich um Notstandsarbeiten mit ungelerten Arbeitslosen handelte, zutraf, also zu einer Zeit, als die Mehrzahl der Arbeitslosen sich aus Leuten zusammensetzte, die zurzeit arbeitschreu, renitent oder mit irgend welchen menschlichen Schäden behaftet waren und glaubten, bei der öffentlichen Hand möglichst ohne Arbeit auszukommen.“ Er erklärt dann, so wenig er sich damals geschaut habe, dieses auszusprechen, so wolle er aber auch jetzt nicht damit zurückhalten, die Dinge unverblümt beim richtigen Namen zu nennen. Bei den Notstandsarbeiten sei ein grundsätzlicher Wandel eingetreten, nachdem auch die ruhigen und besonnenen Elemente der Arbeiterschaft das harte Los der Arbeitslosigkeit getroffen hat. So seien denn jetzt mit den Wohlfahrtserwerbslosen bei Arbeiten in eigener Regie derart erfreuliche Ergebnisse erzielt worden, daß sie hinter den Leistungen der durch Unternehmer beschäftigten Arbeiter gleicher Art nicht mehr zurückstehen. Im großen und ganzen arbeite zur Zeit der Behördenapparat billiger, wobei noch darauf hinzuweisen sei, daß die ordnungsgemäße Unterhaltung von Park- und Gartenanlagen nicht so ohne weiteres mit der Unterhaltung von Baulichkeiten verglichen werden kann. Denn Pflanzen machen als lebender Werkstoff sachkundliche und dauernd pflegliche Maßnahmen auf lange Sicht erforderlich. Sie stellen in ideeller und materieller Beziehung große Werte dar, und es wäre nicht zu verantworten, solche für lange Zeit unersehbliche Güter dem Experiment einer Unterhaltung durch von Jahr zu Jahr wechselnde mindestfordernde Unternehmer auszuliefern. Also schon aus finanziellen Erwägungen heraus werde es sich jede Kommunalverwaltung zu überlegen haben, ob sie ihre Gartenbetriebe umgestalte oder gar abbau. Es gäbe sehr viele Gartenverwaltungen, die ihren guten Willen, den privaten Betrieben zu helfen, bewiesen haben, aber zur eigenen Regie zurückkehren mußten, weil diese sich als besser und wirtschaftlicher bewiesen habe. Giesen erklärt, daß er verschiedene Fälle kenne, in denen sich schon das Zwischenschalten von privaten Unternehmern als untunlich erwiesen habe, weil allzusehr das „corriger la fortune“ (eigene Beeinflussung des „Glücks“) als Geschäftsprinzip verfolgt wurde.

Die Erfahrung habe auch gezeigt, daß zur Durchführung und Kontrolle von Arbeiten durch Unternehmer fast dieselbe Anzahl von kommunalen Angestellten erforderlich sei wie bei der eigenen Regie. Also nur die Arbeiterschaft würde, und zwar zu mindestens 90 Proz. dem Abbau verfallen. Arbeitslosigkeit und damit die Wohlfahrtslasten der Gemeinden würden erheblich gesteigert, weil die Unternehmer das Personal nach anderen sozialen Gesichtspunkten, vor allem als Saisonarbeiter behandeln. — Es sprechen also auch sehr wichtige soziale Gründe für die Beibehaltung der eigenen Regie, die ihre zahlreichen Arbeitskräfte in sozialer Beziehung wesentlich besser stellt als die Privatbetriebe.

Giesen weist aber auch darauf hin, daß aus einem Abbau kommunaler Fachbeamten, Angestellten und Arbeiter für die Privatbetriebe sich eine nicht zu unterschätzende Gefahr ergäbe. Denn durch deren Selbständigmachen würde ihnen eine Konkurrenz entstehen, die aus naheliegenden Grün-

den für zu vergebende Unterhaltungsarbeiten den Verwaltungen als die geeignetsten Ausführenden erscheinen dürften. Und er bezeichnet die von den Gartenbauern beliebte Kampfweise gegen die öffentliche Hand, ihren bisher besten Kunden, dessen Kaufkraft nur vorübergehend geschwächt ist, als „geradezu absurd“, es sei das keine kluge Geschäftspolitik auf lange Sicht.

Im Anschluß an diese Erwägungen wirft Giesen die Frage auf, welchen Unternehmern es heute überhaupt möglich wäre, den Kommunalbetrieb finanziell zu übernehmen oder einen solchen Apparat aus eigenen Kräften in Bewegung zu setzen. Er habe wohl in viele Eingaben von Privatbetrieben Einsicht zu nehmen gehabt, aber noch in keiner eine rechnerische Grundlage für den Beweis der Behauptung finden können, daß die Gemeinden besser und billiger fahren, wenn sie ihre Betriebe, in denen sehr beträchtliche Werte investiert sind, aus der Hand geben oder gar zerschlagen wollten. Jedes Experiment sei mit unvermeidlichen Unkosten verbunden, und heute sei es wahrhaftig nicht an der Zeit, solche von vornherein zum Scheitern bestimmte Versuche auf Kosten der Gemeinden anzustellen, die Mittel würden für bessere Zwecke weit notwendiger gebraucht.

Es hat gewiß etwas lange gewährt, bis Herr Giesen zur Einsicht und zur Erkenntnis seiner falschen Einstellung zu den Fragen öffentlicher, dem Gemeinwohl dienender Gartengestaltung gekommen ist. Aber er hat durch diesen klaren und energischen Frontwechsel gewiß schon einiges wieder gut gemacht, und es darf von ihm erwartet werden, daß er zu weiterer Wiedergutmachung der leider schon entstandenen großen Schäden sich nicht verjagen wird. Wir von der Fachgruppe Gärtnerei, Park u. Friedhof im Gesamt-Verband wollen aber mit vereinten Kräften dabei mithelfen. Als erste Maßnahme erscheint uns berechtigt die Forderung: Schluß mit dem Abbau der öffentlichen Betriebe.

Die Berufsunfälle im Jahre 1931

Der Vorstand der Gartenbau- und Friedhofsberufsgenossenschaft gibt einen vorläufigen Bericht über die Betriebsrevisionen und Unfälle des vergangenen Jahres. Die fortgesetzten Revisionen haben die erfreuliche Folge, daß die Zahl der festgestellten Mängel ständig im Abnehmen begriffen ist. Durch die Revisionen wurden 756 Mängel festgestellt. In der Hauptsache betrafen diese verteilte liegende Heizungen (fehlende Geländer usw.) und Leitern, die überhaupt als Schmerzenskinder in den Gärtnereien bezeichnet werden. Nicht weniger als 1030 Unfälle ereigneten sich im abgelaufenen Jahre durch Fall von Personen von Leitern, Treppen, aus Luken oder Sturz in Vertiefungen, die bei einiger Vorsicht vermieden werden konnten. Das gleiche ist in noch stärkerem Maße bei den durch Maschinen hervorgerufenen Unfällen der Fall. Diese hätten fast sämtlich verhütet werden können. Fehlende Schutzvorrichtungen oder Unvorsichtigkeit waren die Ursache.

Wie alljährlich wurden zahlreiche Unfälle durch Dornstiche, Splitter- und Schnittverletzungen herbeigeführt. Diese Unfälle können leider nicht verhütet werden; sie sind auch insofern gefährlich, weil sie zunächst harmlos aussehen, aber bei Vernachlässigung oft schwerwiegende Folgen haben. Durch Pflanzendorne und Stacheln wurden 229 Unfälle verursacht, durch das Zurückschneiden von Ästen 83 und durch Verletzungen an spitzen und kantigen Gegenständen (Glas, Metall, Holz usw.) 518 Unfälle.

Die Gesamtzahl der gemeldeten Unfälle ging von 6014 auf 5767 zurück, gewiß weil erheblich weniger Personen beschäftigt wurden. Einen besonders starken Rückgang hat die Zahl der tödlichen Unfälle erfahren, und zwar von 60 auf 35. Dieser Rückgang ist in der Hauptsache auf die verminderte Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle zurückzuführen (6 gegen 24 im Vorjahre).

Von Interesse ist die Verteilung der gemeldeten Unfälle auf die einzelnen Berufsgruppen. Es entfielen auf die Erwerbsgärtnerei 2709, auf die öffentlichen Gärten 2080, auf die Dillengärten 218 und auf die Friedhöfe 760 Unfälle. Beachtlich ist die verhältnismäßig hohe Zahl der Unfälle in den öffentlichen Betrieben. Wir sind der Ansicht, daß diese hohe Unfallziffer im wesentlichen auf die rigorosen Abbaumaßnahmen und auf die Beschäftigung von nicht geschulten Wohlfahrtsarbeitern in dem letzten Jahre zurückzuführen ist. Dieser Abbau bedingt, daß nicht genügend Aufsichtspersonal vorhanden ist.

Konsumgenossenschaften und Reichsstützung

Die Konsumgenossenschaften haben sich seit jeher als „krisenfest“ erwiesen. Sie bestanden die schweren Wirtschaftsstürme der Vergangenheit, ohne daß ihr Leben in Gefahr geriet. Der Zusammenbruch der deutschen Geldwirtschaft im Sommer 1931 zerstörte diese Krisenfestigkeit der Konsumgenossenschaften nicht, aber er beeinträchtigte sie doch nicht unerheblich. Damals bestand, wie Reichskanzler Brüning in einer Rundfunkrede betonte, für die Reichsregierung die Pflicht der Großbankenunterstützung mit mehreren hundert Millionen Mark zum Schutze von mehr als tausend Genossenschaften und Genossenschaftsbanken des Mittelstandes. Für jeden einwandfrei und gerecht denkenden Menschen muß es daher selbstverständlich erscheinen, daß das Ansinnen der Konsumgenossenschaften auf eine Rückerstattung der weder wirtschaftlich noch politisch gerechtfertigten Sonderumsatzsteuer zur Stützung einzelner gefährdeter Konsumgenossenschaften nicht weniger berechtigt und viel leichter zu erfüllen ist. Doch diese Selbstverständlichkeit wird nicht überall anerkannt. Vielmehr hat sich in den Kreisen der mit den Konsumgenossenschaften im Wettbewerb stehenden Wirtschaftsgruppen ein großes Gezeter über die angebliche Anmaßung der Konsumgenossenschaften erhoben. Da Logik und Gerechtigkeit in Deutschland zur Zeit nicht hoch im Kurse stehen, muß damit gerechnet werden, daß den Auslassungen der Mittelstandspresse eine unverdiente Beachtung geschenkt wird. Dabei ist die Frage aufzuwerfen, welche behördliche Stelle für die Preisgabe des konsumgenossenschaftlichen Antrags und für die dadurch heraufbeschworene Heße gegen die Konsumgenossenschaften verantwortlich zu machen ist.

Im allgemeinen lehnen die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes grundsätzlich jegliche Staatshilfe ab. In dem vorliegenden Fall handelt es sich auch nicht um eine der üblichen staatlichen Stützungen gefährdeter oder sanierungsreifer Wirtschaftsbetriebe, sondern um die Wiedergutmachung eines Unrechts, das den steuerlich schon übermäßig belasteten Konsumgenossenschaften durch die Ausfübrung der erhöhten Umsatzsteuer widerfahren ist. Nicht nur dem Mittelstand, sondern auch den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften — zu denen die Konsumgenossenschaften gerechnet werden — steht ein verfassungsmäßiger Schutz zu. Die Konsumgenossenschaften haben die ihnen nach ihrer Anschauung zu Unrecht aufgebürdete Sonderumsatzsteuer in der Höhe von etwa 10 Millionen bis 12 Millionen Mark vom Reich zurückgefordert, damit sie die Gefahren bannen können, die in einzelnen Gebieten des Deutschen Reiches durch den Zusammenbruch der Großbanken im letzten Sommer auch für die Konsumgenossenschaften heraufbeschworen worden sind. Für die Sünden der kapitalistischen Wirtschaft lassen sich die Konsumgenossenschaften nicht verantwortlich machen. Wenn in allen Teilen der Privatwirtschaft die gleiche Sauberkeit und Gewissenhaftigkeit herrschten, die in den Konsumgenossenschaften die Grundlage allen Schaffens bilden, stände es heute um die deutsche Wirtschaft und um das deutsche Volk besser. Dann würden auch das Wirken der Konsumgenossenschaften und die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe bei weitem nicht in dem jetzigen Maße beeinträchtigt sein.

Das jetzt von der gegnerischen Presse kolportierte Märchen von der Steuerbegünstigung der Konsumgenossenschaften ist un wahr. Nach dem Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1932 stellte sich die steuerliche Belastung der Konsumgenossenschaften für das Betriebsjahr 1931 (1. Juli 1930 bis 30. Juni 1931) auf 2,22 Proz. des Umsatzes. Seit dieser Zeit aber ist die Steuerlast der Konsumgenossenschaften noch weiter gestiegen. Diese hohen Steuern sind von den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes pünktlich und in vollem Umfang an die Finanzämter abgeführt worden. Solange die von den Konsumgenossenschaften geforderte Offenlegung der Steuerlisten nicht erfolgt, können und werden sie mit gutem Recht behaupten, daß die steuerliche Belastung des übrigen Teiles der deutschen Wirtschaft und somit auch des sogenannten Mittelstandes im Durchschnitt bei weitem nicht an die Steuerlast der Konsumgenossenschaften heranreicht. Deshalb stellt auch die jetzige künstliche Empörung der Konsumgenossenschaftsgegner über den Steuerrückerstattungsantrag der konsumgenossenschaftlichen Zentralen eine bewußte Täuschung der Öffentlichkeit und ein sehr durchsichtiges Ablenkungsmanöver dar.

Aus dem buntparadigmen, aber nicht einwandfrei duftenden Strauß mittelständlerischer Schreiberblüten, die durch die angeblichen Reichsstützungspläne für die Konsumgenossenschaften zur Entfaltung gebracht worden sind, verdient vor allem die folgende Besichtigung der „Bäcker- und Konditor-Tageszeitung“ vom 29. März 1932 betrachtet zu werden:

„Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat also ebenfalls gegen eine der elementarsten Erfordernisse jeder Sparbank verstoßen, nämlich stets für eine genügende Flüssigkeit der Einlagenkapitalien zu sorgen.“

Der Schöpfer dieses herrlichen Satzes möge sich doch zunächst einmal die „elementarsten“ Kenntnisse über das Wesen und über die Struktur der deutschen Konsumgenossenschaften und ihres Zentralverbandes aneignen. Wenn ihm das gelingen sollte, wird er vielleicht später nicht wieder in die Gefahr geraten, falsche Anschuldigungen gegen den Zentralverband deutscher Konsumvereine zu erheben. In der deutschen Wirtschaft gibt es nicht viele Betriebe und Vereinigungen, in denen die ausreichende Flüssigkeit der Betriebsmittel und Bilanzen so scharf gefordert und so sorgfältig überwacht wird, wie dies seit Jahrzehnten im Bereiche des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geschieht. Natürlich liegt es nicht in der Macht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die von den angeschlossenen Verbrauchergenossenschaften verlangte Flüssighaltung der Betriebsmittel zwangsweise durchzusetzen. Die Konsumgenossenschaften haben ihre eigenen verantwortlichen Körperschaften, die das Eigentum der Konsumgenossenschaftsmitglieder unumschränkt verwalten. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine übt nur eine führende, schützende und überwachende Tätigkeit aus. Er verwaltet keine Spareinlagen. Darum kann er auch nicht gegen die „elementarsten Erfordernisse jeder Sparbank verstoßen“.

Nach der Anschauung der Konsumgenossenschaften würde es nicht verstanden werden, wenn die Reichsregierung die Konsumgenossenschaften mit einem anderen Maß messen wollte als die Genossenschaften des Mittelstandes und der Landwirte. Gegen ein derartiges Gebaren müßten jedenfalls die tausend Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes mit ihren drei Millionen Haushaltungen den schärfsten Protest erheben. Aber auch die politischen Parteien, die in der Weltanschauung den Konsumgenossenschaften nahestehe, werden sich eine derartige unterschiedliche Behandlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Mittelstandsgenossenschaften und der Verbrauchergenossenschaften nicht gefallen lassen. Die Konsumgenossenschaften wurden ohne jede fremde Hilfe und ohne eine öffentliche und behördliche Förderung errichtet. Sie sind wirtschaftliche Unternehmungen der minderbemittelten deutschen Volksschichten, die heute am meisten unter der von ihnen nicht verschuldeten wirtschaftlichen Verelendung zu leiden haben. Diese Selbsthilfebetriebe der vermögenslosen Verbraucher erfüllen dem Staate gegenüber stets ihre Pflicht. Sie nahmen bisher nie etwas vom Staate, auch dann nicht, wenn alle übrigen Wirtschaftsgruppen die Hand zur Erlangung staatlicher Almosen ausstreckten. Mit um so größerer Berechtigung dürfen sie jetzt die Rückerstattung der ihnen in einem zu großen Umfang abgeforderten Steuerbeträge beanspruchen. Die Reichsregierung wird für die Nichterfüllung dieses Ansinnens eine triftige Begründung nicht geben können. Darum muß erwartet werden, daß sie ihren so oft bekundeten Drang zur „Wiedergutmachung“ auch gegenüber den Konsumgenossenschaften beweisen wird.

Im übrigen muß gegenüber den ständigen Verleumdungen und Verunglimpfungen der Konsumgenossenschaften durch ihre Wirtschaftsgegner erneut festgestellt werden, daß die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung die jetzige Krise — wenn auch nicht ungeschwächt — überstehen wird. Die Möglichkeit, daß durch den Krisendruck aus dem Bau der deutschen Verbraucherwirtschaft einige Steine oder auch Teile herausgepreßt werden können, braucht dabei nicht bestritten zu werden. Aber auch wenn von einzelnen Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes die Gefahr des Zusammenbruchs nicht abgewehrt werden kann, kommt deshalb doch keineswegs eine nie wieder auszugleichende Erschütterung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung in Betracht. Das in der letzten Vergangenheit besonders stark angefeindete zentrale Wirtschaftsunternehmen der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes — die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg — behütet trotz der wirtschaftlichen Gefahren ihre über ganz Deutschland verbreiteten Güterherstellungsfabriken und Güterverteilungsbetriebe mit der größten Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit. Daher wird auch der spätere wirtschaftliche Wiederaufstieg die GEG-Betriebe zur Leistung weiterer gemeinwirtschaftlicher Aufgaben bereit finden. Für die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes war die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine schon immer ein starker wirtschaftlicher Stützpunkt. Das ist sie heute noch und wird sie immer bleiben!

Dollrath Klepzig.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der Verbandstag der Kupferschmiede hat am 11. Mai 1932 seine Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband einstimmig beschlossen.

Zum Zweiten Bürgermeister von Frankfurt (Main) wurde am 10. Mai 1932 mit 48 von 78 Stimmen der sozialdemokratische Stadtrat Dr. med. Schloffer gewählt.

Der neue Württembergische Landtag hat als Landtagspräsidenten den Nationalsozialisten Prof. Reigentaler gewählt. Zweiter Vize-Präsident wurde der seitherige Präsident, der Sozialdemokrat Flügel.

Der Hessische Landtag ist durch ein Urteil des Staatsgerichtshofes, dem ein Einspruch der hessischen Wirtschaftspartei wegen Nichtzulassung ihres Wahlvorschlages zugrunde lag, für aufgelöst erklärt worden. Am 3. Juli 1932 finden in Hessen erneut Landtagswahlen statt.

5 737 000 Erwerbslose wurden am 30. April 1932 gezählt. Im Laufe des April konnten also rund 294 000 Erwerbslose eingestellt werden.

Die Französische Nationalversammlung wählte am 10. Mai 1932 mit 633 Stimmen von 826 den Senator Lebrun zum Präsidenten der Französischen Republik.

Reichsminister Groener trat am 12. Mai von seinem Amt als Reichswehrminister zurück, blieb aber im Amt des Reichsministers des Innern. Ein neuer Reichswehrminister war bei Redaktionsschluss noch nicht ernannt.

Dier nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete haben am 12. Mai im Reichstag den sozialdemokratischen Journalisten Loh tätlich angegriffen und wiederholt verprügelt. Die von dem Reichstagspräsidenten Loh herbeigerufene Polizei hat die Täter sofort in Haft genommen. Drei davon: Feines, Stegmann und Weigel wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Straßer bleibt strafrei.

In Danzig haben die Belegschaften der bürgerlichen Zeitungen am 12. Mai einen eintägigen Proteststreik durchgeführt gegen das von dem nationalsozialistischen Senat ausgesprochene dreimonatige Verbot der sozialdemokratischen „Volksstimme“.

Aus unserer Bewegung

Düsseldorf. In der Generalversammlung, am 6. Mai 1932, gab Kollege Momm den Geschäftsbericht. Kollege Wünsche erläuterte dann den schriftlich vorliegenden Kassenbericht. Der Mitgliederstand ist trotz gesteigerter Erwerbslosigkeit gegenüber dem vierten Quartal 1931 stabil geblieben. Von den Gesamtmaßnahmen für die Hauptkasse sind im ersten Quartal 1932 allein 54 Proz. an Unterstützung für die in Not geratenen Kollegen wieder verausgabt. Die Aussprache zeugte von dem einmütigen Willen, alles zu tun, um die Organisation zu stärken und den Faschismus zu schlagen.

Halle a. d. S. In der Generalversammlung am 30. April 1932 berichtete Geschäftsführer Thieme über die Haltung des G.-V. im letzten Krisenquartal. Notverordnung, Lohnsenkung haben in ungeahntem Maße die öffentlichen Arbeitnehmer bedrückt, ohne daß ein ausreichendes Äquivalent durch Preisenkung geschaffen wurde. In zahllosen Verhandlungen mit Behörden und Schlichtungsinstanzen, vielen Sitzungen mit verschiedenen Instanzen, durch Klagen und durch Schiedsverfahren ist versucht worden, die Geschicke der Arbeitnehmer günstiger zu gestalten. Der Uebergriff der Entlassungsseuche in die öffentlichen Betriebe wurde unter höchsten Opfern der Belegschaften verhindert. Zugleich hat der Gesamtverband durch Beeinflussung der zentralen Instanzen mit Entschiedenheit Arbeitsbeschaffung gefordert. Die Ausführungen Thiemes wurden vom Kollegen Ferchlant ergänzt. Er ging auf die engen Zusammenhänge zwischen der Lage der Lohnempfänger und der Gehaltsempfänger im Beamtenverhältnis ein. Er schilderte die Krise in den verschiedenen Berufsgruppen und konnte berichten, wie die ausgezeichnete Zusammenarbeit der einzelnen Fachgruppen es ermöglichte, manche Härten von den Mitgliedern abzuwenden. Besonders die Frage der Hebung des Lohses der ausgesteuerten Erwerbslosen und der Fürsorgeunterstützungsempfänger nahmen einen breiten Raum ein, wobei die Geschäftsführung mit dem Funktionärstab sich darüber im klaren war, daß alle Mittel anzuspinnen seien, um die Erwerbslosen in den Produktionsprozeß zu bringen. — Der Bericht des Kassierers Walter Delschläger zeigte Barleistungen an Erwerbslose und andere Unterstützungen von 10 125 Mk., für Rechtsschutz in Zivil- und Strafsachen 1088 Mk., an Invalidentenunterstützung 2041 Mk., zur Behebung von Notfällen 650 Mk., für besondere Lohnbewegungen ohne Streik 531 Mk. ausgezahlt. In diesen Zahlen sind nicht die Leistungen der Sonderversicherung für die Berufskraftfahrer für Rechtsschutz usw. mit 1509 Mk. enthalten. — Nach der Diskussion wurde die Bestätigung der engeren Ortsverwaltung einstimmig beschlossen.

München. (Krisenauswirkungen innerhalb unseres Verbandes.) Bei den Auseinandersetzungen über die gewerkschaftlichen Krisenwirkungen wird von den Kollegen der übrigen Organisationen ganz allgemein und sogar überzeugend die Auffassung vertreten, daß es uns im Gesamt-Verband deshalb noch sehr gut gehen müsse, weil wir keine Arbeitslosigkeit kennen und folglich noch über genügend Geldmittel verfügen, während sie bereits überall die schärfsten Maßnahmen durchführen müssen. Gewiß kann eine oberflächliche Beurteilung und ausgegangen von der sicher nicht abzustreitenden Tatsache, daß die öffentlichen Betriebe auch während der Krise ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen müssen, zu derart falschen Schlussfolgerungen führen. Nun sind es aber nicht nur die Mitglieder anderer Organisationen die so denken, sondern auch in unseren eigenen Reihen sind noch viel zu viele Kollegen vorhanden, deren Verbundenheit mit der Organisation so gering ist, daß ihnen die Schwierigkeiten, mit denen auch unser Verband infolge der langanhaltenden Wirtschaftskrise zu kämpfen hat, unbekannt geblieben sind. Und gerade deshalb ist es dringend notwendig, auch einmal im Verbandsorgan auf die eigenen Krisenfolgen aufmerksam zu machen. Wie scharf unsere Organisation in den Parallelen aller übrigen Organisationen allein bei der Arbeitslosigkeit gehalten wird, ergibt sich aus der örtlich zusammengestellten und nachstehend aufgeführten Einschränkung der Beschäftigungsmöglichkeit. So sind seit Bestehen der Verwaltung München des Gesamtverbandes, also seit dem 1. Januar 1930 in den von uns organisatorisch erfaßten Betrieben folgende Entlassungen vorgenommen worden: Bei der Abteilung A Gemeindebetriebe 1500, der Abteilung B Reichs- und Staatsbetriebe 300, der Abteilung C Handel- und Transport 1500, der Abteilung D Verkehrsbetriebe 500, der Abteilung E Straßen- und Kleinbahnen 200, der Abteilung F Post und Telegraphie 100. Von diesen 3900 Entlassenen haben sich in der gleichen Zeit 2881 Mitglieder bei der Ortsverwaltung arbeitslos gemeldet, so daß die Organisationsstärke in diesen Betrieben 74 Proz. beträgt. Mit ganz unbedeutenden Ausnahmen sind sämtliche Entlassenen auch heute noch arbeitslos. Rechnen wir die organisatorisch und auch praktisch schwer zu erfassenden Klein- und Mittelbetriebe des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes noch hinzu, so kommen wir mit Sicherheit auf einen Beschäftigungsrückgang innerhalb des Organisationsbereiches der Ortsverwaltung München von mindestens 6000 Arbeitskräften. Neben diesem starken und leider teilweise noch andauernden Beschäftigungsrückgang ist ferner die Arbeitszeit in den Betrieben der einzelnen Abteilungen noch ganz erheblich gekürzt worden. So arbeiten u. a. sämtliche städtischen Betriebe nur noch 42 Wochenstunden. In den Reichs- und Staatsbetrieben ist die Arbeitszeit entsprechend des Auftragsbestandes verschieden und sind teilweise Verkürzungen bis zu 26 Stunden durchgeführt. 42 Stunden arbeiten ferner sämtliche Betriebe der Postverwaltung und in den Privatbetrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit kaum 44 Stunden übersteigen. Unbestritten ist ferner, daß die Arbeitnehmer aller öffentlichen Betriebe am allerschärfsten von Lohnabbau betroffen wurden. Die Gesamtauswirkungen dieser drei Faktoren — also Verringerung der Beschäftigungszahl und damit Verringerung der Beitragszahler, allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die weit über den Durchschnitt eingetretene Senkung des Einkommens — haben durch die damit verbundene Senkung der Verbandsbeiträge die Finanzen unseres Verbandes in einem Ausmaße beeinflusst, die in ihrer ungünstigen Wirkung hinter keiner anderen Organisation zurückbleibt. Hierfür wieder ein Beispiel aus unseren örtlichen Feststellungen: Im Durchschnitt des Jahres 1930 erhielt der Hauptvorstand nach Abschreibung der Leistungen für die Hauptkasse von der Ortsverwaltung München pro Quartal 82 719,06 Mk., 1931 49 614,54 Mk., dagegen im 1. Quartal 1932 nur 15 204,21 Mk. überwiesen. — Es gehört wirklich nicht allzuviel Phantasie dazu, bestimmt aber keine prophetische Deranlagung, um vorauszu sehen, wann die Organisationseinnahmen nur mehr zur Deckung der örtlichen Ausgaben ausreichen. Nach unseren Feststellungen haben wir in unserer Organisation prozentual die allermeisten invaliden Mitglieder. So hat München bei 13 964 Mitgliedern 1178 Invalide, von denen gegenwärtig 650 und ab 1. Januar 1933 sicherlich mehr als 1000 die Invalidentrente des Verbandes beziehen. Im 1. Quartal 1932 erhielt die Hauptkasse aus den Beiträgen des Invalidenfonds 14 728 Mk., davon verblieben der Ortsverwaltung 25 Proz. gleich 3628 Mk. Die tatsächlichen Einnahmen der Hauptkasse betragen also nur 11100 Mk. Ausbezahlt haben wir dagegen im 1. Quartal 1932 15 330 Mk., also eine Unterbilanz von 4285 Mk. allein an einem Orte und in einem Monat. Am 1. Januar 1933, bei bestimmt keinen höheren Einnahmen, dürfte diese Zahl etwa das Doppelte betragen.

Niederrhein. In der Generalversammlung am 7. Mai gab der Kollege Sander den Geschäfts- und Kassenbericht. Er streifte dabei auch politische Fragen. Der Kampf gegen den Faschismus sei schon deshalb erforderlich, weil dessen programmatische Erklärung nur zu klar aufzeigt, was gegen die Gewerkschaften geplant sei. Redner zitierte dann einige Stellen aus einem vertraulichen Rundschreiben der NSDAP. an ihre Betriebszellenleitungen:

„Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Inkarnationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form. — Die akute Gefahr droht nun weder von Seiten der NSD. und KPD. als von Seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften. Hier hat der Kampf einzusetzen usw.“

Damit ist wieder der unternehmerfreundliche Charakter des Nazitums bewiesen und ausgedrückt, daß die Nazis vor der KPD. und der RGO. die allerwenigste Angst haben, viel mehr aber vor den Gewerkschaften.

Unerkört ist aber folgendes Verlangen in den Richtlinien:

„Jeder Nazi ist ferner verpflichtet, im Betriebe jeden Nazisten-Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse feitzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu beschaffen. Diese Photographien sind über den Gau an den Sonderdienst weiterzuleiten. Die Hauptsache ist, wenn nur jeder gefilmt ist.“

Dieser Gesellschaft müssen wir den schärfsten Kampf ansagen und ihn durchführen. — In Duisburg gab es am 1. Mai 1932 insgesamt 74 181 Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung mit insgesamt 124 767 Personen. Was auf der einen Seite an Arbeitslosen abgeht, nimmt auf der anderen Seite an Wohlfahrtsempfängern zu. Eine Entspannung der Arbeitslosenziffer ist noch nicht eingetreten. 38,45 Proz. der Duisburg-Hamborner Einwohner werden aus öffentlichen Mitteln unterstützt oder jeder dritte Einwohner. An diesem grauenhaften Bild ist in der Hauptsache schuld, daß die Arbeiterschaft in die Defensive gedrängt wurde. Lohnbewegungen haben wir in großer Zahl geführt. Zum Teil sind sie noch nicht abgeschlossen. Der Arbeitgeberverband für den Hafen hat den Rahmentarifvertrag gekündigt; der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe hat den Rahmen- und Lohnvertrag gekündigt; die Moerfer Kreisbahnen, Abteilung Orioner Werft, hatten den Lohn- und Rahmentarifvertrag gekündigt; der Kaufmännische Einzelhandel hatte den Lohnvertrag, und der Großhandel den Rahmen- und Lohnvertrag gekündigt. Außerdem sind die Tarife für die Gas- und Wasserwerke im ganzen Bezirk vom Arbeitgeberverband gekündigt worden. Abstriche sind bisher noch nirgends erfolgt. Der Rahmentarif für den Hafen ist um 1, und der Rahmen- und Lohnvertrag für das Holzgewerbe ebenfalls um 1 Monat verlängert worden. Der Großhandels-Tarif wurde um 4 bzw. 2 Monate unverändert verlängert. Der Einzelhandels-Tarif ist durch Schiedspruch um 2 Monate unverändert verlängert, während die Lohnverhandlungen für die Gas- und Wasserwerke auf unbestimmte Zeit vertagt sind. Bei den Straßenbahnen ist ein Krümper-System eingeführt worden. Die Belegschaften haben hierfür gestimmt. Die Mitgliederbewegung war trotz der schlechten Wirtschaftslage stabil. Es konnten wiederum 5000 zahlende Mitglieder und 800 erwerbslose Mitglieder registriert werden. — Hierauf erläuterte Kollege C. Cackoiz den Kassenbericht, der den Delegierten schriftlich zugegangen war. Die Lokalkasse schloß mit einem Ueberschuß von 10 000 Mk. ab. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Niehüser, Bräutigam, Holtzschneider, Frankefer, Eberle und G. Rudolf. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die Vorschläge der Fachgruppen akzeptiert.

Internationale Rundschau

Albert Thomas † Wie wir schon kurz mitteilten, ist am 8. Mai der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Genosse Albert Thomas, plötzlich gestorben. In einem Pariser Restaurant verschied er, wo er, durch ein Unwohlsein veranlaßt, eingekehrt war. Er hat nur ein Alter von 54 Jahren erreicht. Einer der größten Männer des internationalen Sozialismus ist mit ihm dahingegangen. Den Gewerkschaften aber war er mehr. In der zwölfjährigen Wirksamkeit als Leiter des Internationalen Arbeitsamts war er zum stärksten Faktor der internationalen Sozialpolitik geworden. Nur den ungewöhnlichen Fähigkeiten, Begabungen und Veranlagungen eines Albert Thomas war es möglich, aus dem Internationalen Arbeitsamt das zu machen, was es geworden ist. Nach dem Versailler Friedensvertrag sollte ein Amt geschaffen werden, welches sich mit den sozialen Problemen in überstaatlichem Maße beschäftigen sollte. Noch war die Welt durch den furchtbaren Krieg zerrissen. Die Völker standen sich feindlich gegenüber. An ein internationales Zusammenarbeiten war kaum zu denken. In dieser Situation wurde Albert Thomas an die Spitze dieses Amtes berufen. Seine Aufgabe war es, einem theoretischen Plan, für den es weder in der Vergangenheit noch

in der Gegenwart irgendwie vergleichbare Beispiele gab, glutvolles Leben zu geben. Mit dem ihm eigenen Eifer und einer nie ermüdenden Arbeitskraft hat sich Albert Thomas der neuen Aufgabe gewidmet. Das IAA. ist im Laufe der Jahre zu einem starken Faktor im Zusammenwirken der Völker geworden. Man bedenke, daß die beratenden und beschließenden Körperschaften desselben aus Gewerkschaftsvertretern, Vertretern der Unternehmerverbände und den Vertretern der Regierungen gebildet werden. Zwischen diesen Gruppen mußte der Direktor mit Erfolg zu vermitteln versuchen, um zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Die Schriften des IAA. legen von der Tätigkeit dieser internationalen Behörde Zeugnis ab. In rastlosem Eifer versuchte Thomas die Beschlüsse seines Amtes in allen Ländern zur Durchführung zu bringen. Von Jahr zu Jahr konnte er mitteilen, daß die Zahl der genannten Ratifikationen der einzelnen Gesetzentwürfe größer und größer wurde. Dabei ist die Verschiedenheit der Länder zu beachten. Ein Land wie Uruguay ist etwas ganz anderes als ein hochentwickelter Industriestaat Europas. Und doch mußte versucht werden, die Grundsätze der Sozialpolitik in allen Ländern zur Durchführung zu bringen. Thomas war im wahrsten Sinne des Wortes international, trotzdem er in seinem Wesen Franzose geblieben ist. Er hat in Deutschland eine Zeit studiert, ist oft hier gewesen und hat in vielen Versammlungen und Konferenzen das Wort genommen. Er hatte es sich zur Aufgabe gesetzt, die beiden Länder Deutschland und Frankreich zusammenzubringen auf der Linie friedlicher Verständigung, ein Unternehmen, das nicht ganz erfolglos war.

RUNDSCHAU

Die einzig richtige Verwendung von überflüssigem Kaffee. In der „Kateka-Zeitung“ finden wir folgende Notiz:

„Wie bekannt, hat die brasilianische Regierung Oesterreich ein Angebot auf kostenlose Lieferung von Braffstafee zur Verteilung an die Erwerbslosen in Oesterreich gemacht, unter der Bedingung, daß ein Einfuhrzoll für diesen Kaffee nicht erhoben wird. Es ist dies einer der neueren Versuche Brasiliens, die sonst zur Vernichtung kommenden Kaffees zu Propagandazwecken auszunützen. Jedoch haben die österreichischen Kaffee-Importeure gegen dieses Projekt lebhaften Einspruch erhoben.“

Das Dorgehen der brasilianischen Regierung, Kaffee den europäischen Erwerbslosen gratis zur Verfügung zu stellen, ist sicher begrüßenswert, besser jedenfalls, als ihn ins Meer zu schütten oder zu verbrennen. Ob diese Tat als Werbungs mittel gedacht war, ist völlig gleichgültig. Die Kaffeeimporteure Oesterreichs haben sich sofort gegen dieses Geschenk gewandt, denn von ihrem geheiligten Profit könnte etwas verlorengehen. Wir hingegen begrüßen das Dorgehen Brasiliens. Wenn alle auf den Stapelplätzen der Welt lagernden Lebens- und Genussmittel den Erwerbslosen geschenkt würden, dann würde damit ein vielfacher Zweck erreicht: die Lage der Arbeitslosen würde gehoben, hochwertige Waren vor dem Verrotten geschützt und die großen Vorräte ständen nicht mehr als drohendes Gespenst im Hintergrund. Jeder Anfang, die Weltvorräte an Lebensmitteln auf diese Art zu verringern, muß begrüßt werden.

Die deutsche Sozialversicherung. Nach den Feststellungen des Jahres 1930 schützte die Sozialversicherung im Deutschen Reich 24 Millionen Menschen gegen Unfall, 22 Millionen gegen Alter, Invalidität und Krankheit und etwa 17 Millionen gegen Arbeitslosigkeit. Als Renteneempfänger, Dolljahresranke und Hauptunterstützungsempfänger erhielten im letzten Jahre nicht weniger als rund 7,6 Millionen Personen Dauerbezüge, d. h. etwa ein Achtel bis ein Neuntel der Gesamtbevölkerung Deutschlands wurde in ihrem wirtschaftlichen Dasein von der Sozialversicherung gestützt.

Deutschland an der Spitze aller Postschekverwaltungen der Welt. Trotz der Wirtschaftskrise wächst dauernd die Zahl der Teilnehmer am deutschen Postschekverkehr. Mit seiner augenblicklichen Postschekkontenanzahl von mehr als einer Million steht Deutschland an der Spitze aller Länder. Im weiten Abstand folgen Frankreich mit einer halben Million und Belgien mit einer Viertelmillion Kontoinhaber. Gegen Ende der Inflation war das deutsche Postschekkontenetz schon auf annähernd eine Million gestiegen; die Stabilisierung der Währung ließ aber den Kontenkreis auf 626 000 zurücksinken. Im letzten Jahre 1930 wurden rund 753 Millionen Kontenaufträge abgewickelt mit einem Geldumsatz von 142 Milliarden Mark. Mehr als 82 Proz. dieser gewaltigen Summe — nämlich rund 125 Milliarden Mark — wurden bargeldlos beglichen.

Das Auto in Deutschland und in Rußland. Die neueste Kraftfahrzeugzählung, die bei uns bekanntlich alljährlich am 1. Juli stattfindet, stellt fest, daß wir in Deutschland jetzt rund 1 500 000 Kraftfahrzeuge haben, von denen etwa 500 000 Personenwagen, 161 000 Lastwagen und 800 000 Krafttraber sind. In Rußland dagegen gibt es nach der letzten Zählung im ganzen nur 30 000 Kraftwagen und daneben rund 8600 Krafttraber. Von den Kraftwagen waren 10 000 Personenwagen, 16 000 Lastkraftwagen und 1830 Autobusse.

Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

XIX.

Gerry verabschiedete sich von Joan, um mit Mrs. Lewis selbst noch einmal über die Einstellung der Arbeiter zu verhandeln. Er hoffte, bis um ein Uhr mit dieser Tochter des Herodias fertig zu sein.

So hatte Joan vollauf Zeit, den Redakteur Martin über den Verlauf der Verhandlungen mit Gerry zu orientieren.

Doch bald tauchte Blain im Café wieder auf. Er tat sehr aufgebläht und begrüßte den Journalisten wie einen Bruder.

„Mein Lieber, mir verdanken Sie einen Stoff, wie er Ihnen noch nie beschert wurde. Einen grandiosen Stoff!... Eine Dame, die Bluthunde auf einen armen, invaliden Krieger heßt!“

„Bluthunde, Gerry?“ kreischte Joan entsetzt.

„Nun, vielleicht nicht gerade Bluthunde; immerhin waren die beiden Vierfüßler Hunde. Joan, beeinträchtigen Sie übrigens nicht durch Zwischenrufe meine künstlerischen Bemühungen, bei der Presse Eindruck zu machen.“

„Was ereignete sich nun tatsächlich?“ forschte Martin lachend.

„Ich teilte einem sehr korrekten Haushofmeister mit, in welcher Angelegenheit ich die Gnädige sprechen möchte, und übergab ihm meine Karte.“

„Und Mrs. Lewis wollte den bekannten Fliegerhauptmann Blain nicht empfangen?... Nie und nimmer lasse ich mir weismachen, daß sie diesen Glücksfall ausschlug!“

„Hauptmann!... Da war nichts vom Hauptmann auf der Karte zu entdecken; schlicht und einfach stand dort: G. Blain.“

„Aha, das erklärt alles. Sie befahl dem Haushofmeister, Sie abzuweisen.“

„I wo! In eigener Person erschien sie auf der Bildfläche, begleitet von zwei hunden, giftigen Biefern — schauen Sie sich meine Hofenbeine an.“

„Das werden wir ihr nicht durchgehen lassen!“ erklärte Martin ruhig. „Heßte sie wirklich die Hunde auf Sie?“

„Aber ja, Teuerster. Und schade, daß die Worte, mit denen sie mich bedachte, nicht der Nachwelt erhalten bleiben. Dieses Weib übertrumpft einen Rekrutenunteroffizier. Offenbar hat sie nur bestimmte Tage für damenhaftes Benehmen.“

„Ja, ihre festen Empfangstage, den ersten und dritten Donnerstag in jedem Monat.“

„Wie entkamen Sie, ohne von den Hunden gebissen zu werden?“

„Nichts schienen Joan so zu erregen wie diese Hunde.“

„Der Haushofmeister ist ein anständiger Knabe. Er riß die Diecker zurück, öffnete mir die Tür und verbeugte sich mit den würdevollen Worten: „Ich bedaure den Vorgang sehr, M. Blain.“ Hoffentlich entläßt sie ihn deswegen nicht!“

„Möchte gern das Gesicht Lewis' sehen, wenn er meinen Artikel liest“, brummte Alaric Martin. „Wohnen Sie nicht in Park Lane, Blain?“

„Ja?... Bewahre! Mein Vater hat sich dort so ein kleines Palais gekauft, in das mich nicht zehn Pferde hineinbringen. Ich wohne ganz bescheiden in der Great Ormond Street.“

Der Journalist grinste diabolisch. „Für unsere Zwecke leben Sie unter dem väterlichen Dach. Rose Lewis wird in Ohnmacht fallen, wenn sie erfährt, daß sie einen der berühmtesten Flieger, der überdies noch in Park Lane wohnt, mit Hunden davonjagte. Eine schlechte Reklame für ihr Gartenfest.“

„Schon richtig“, mischte sich Joan ein. „Dergeht darüber nur nicht den eigentlichen Zweck des Ganzen, die Wiedereinstellung der ausgesperrten Arbeiter, denn wenn wir ihr Fest ruinieren, machen wir die Sache noch schlimmer. Man müßte einen Brief haben von einer maßgeblichen Persönlichkeit, in dem diese insolge Mrs. Lewis' Vorgehen gegen einen kriegsbeschädigten Offizier eine Beteiligung an dem Gartenfest ablehnt. Solch ein Schreiben wäre das herrlichste Druckmittel. Gerry, besitzen Sie denn keine Freunde unter dem hiesigen Landadel?“

„hm... Die einzigen, die ich von früher gut kenne, sind die Hastings, während des Krieges noch auf Ancliffe anständig. Haben sie es noch?“

„Die Hastings? Donnerwetter, das ist eine Trumpfkarte!“ Martin schoß vor Begeisterung von seinem Stuhl hoch. „Sir George Hastings besitzt die Aktienmajorität meiner Zeitung.“

„Der Junge war Flieger. Ich bin dabeigewesen, als er fiel, und brachte der Mutter später seine letzten Grüße.“

„O Gerry, dann ruft vielleicht Ihr Besuch alles wieder in Ihr wach“, sagte Joan schnell.

„Wachrufen? Ich glaube nicht, daß die arme Frau viel vergessen hat, und sie wird den einstigen Kameraden ihres Sohnes

sicher gern wiedersehen. Ja, dann werde ich mal gleich nach Ancliffe hinausjodeln. Zwanzig Meilen, nicht?“

„Zweihundzwanzig. Und bitte telegraphieren Sie mir zur Redaktion, ob Lady Hastings etwas tun will, damit ich weiß, wie weit ich bei meinem Chef gehen darf.“

Nachdem Blain und Joan den Journalisten bis zur Redaktion begleitet hatten, schlenderten sie langsam zum Hotel zurück, in dessen Garage Gerald's Wagen stand.

„Werden Sie noch lange in Shireport bleiben, Joan?“ erkundigte er sich, als seine Hand schon am Steuerrad lag.

„Das hängt davon ab, wie die Dinge sich hier entwickeln. Wenn wir Lewis dazu bringen, seine alten Leute wieder einzustellen, so habe ich hier nichts mehr zu tun und kehre nach Leeds zurück.“

„Gut, dann werde ich Sie hinfahren.“

„Optimist!“ lachte sie. „Warten Sie erst ab, was Sie bei Lady Hastings erreichen. Viel Glück!“ Dann stieg sie die ausgetretenen Treppenstufen zu ihrem Zimmer hinauf.

Prompt kam von Ancliffe Blains telephonischer Anruf, daß Lady Hastings — sofern man ihren Namen nicht direkt mit Streikangelegenheiten verquickte — sich bereit erklärt habe, gegen Mrs. Lewis' ungebührliches Betragen zu protestieren. Und nun konnte Alaric Martin seine Phantasie entfalten. Seit dem letzten, drei Jahre zurückliegenden Mord hatte Shireport eine derartige Sensation nicht erlebt.

Berühmter Flieger bittet für seine arbeitslosen Kameraden.

Frau des Werkbesizers heßt Hunde auf ihn.

Wird Shireports Gesellschaft an ihrem

Gartenfest teilnehmen?

flammen die Überschriften des „Standard“, und in der Mitte der Seite prangte eine Photographie Blains, die die Antikriegsliga bereitwilligst zur Verfügung stellte.

Am nächsten Morgen stellte sich Gerald Blain mit einem Briefe Lady Hastings an den Herausgeber des „Standard“ ein, dem sie erlaubte, davon passenden Gebrauch zu machen. Die Dame schrieb, daß sie nach Mrs. Lewis' Verhalten zu ihrem Bedauern nicht zu dem Wohltätigkeitsfest erscheinen könne, jedoch, um hierdurch den guten Zweck nicht zu schädigen, einen Scheck beifüge mit der Bitte, der „Standard“ möchte ihn zum Besten der Kriegsbeschädigten verwenden.

„Sie sind ein Genie, Gerry“, lobte Joan. „Es macht Freude, mit Ihnen zu arbeiten. Und jetzt ist die Reihe an mir, ein wenig den Löwenbändiger zu spielen. Ich will unseren Freund Ben anrufen. Er wird immerhin keine Hunde auf mich loslassen!“

Mr. Lewis' Stimme klang dieses Mal nicht gerade verbindlich, obwohl er sich bereit erklärte, Miß Craig sofort zu empfangen.

„Alles Gute, tapferes Mädchen!“ schmunzelte Gerald. „Wenn ich innerhalb dreier Stunden nichts von Ihnen höre, begeben Sie sich gemeinsam mit Martin auf die Suche nach dem Leichnam.“

„Wessen?“ fragte Joan scheinheilig, indem sie nach ihren Handschuhen griff und davonrannte.

Mr. Lewis streckte ihr nicht, wie bei ihrem ersten Besuch, die Hand entgegen.

„Nennen Sie das einen ehrlichen Kampf, Miß Craig?“

„Nein. Ihre Kampfart verdient indes diesen Namen ebenso wenig. Sie weigern sich, Leute einzustellen, die bei den heutigen schlechten Zeiten keine andere Aussicht auf Arbeit haben.“

„Wenn die Leute meine Bedingungen annehmen, können sie morgen höhere Löhne in meiner Fabrik verdienen, als sie irgendein anderer Arbeitgeber zahlt. Ist das nicht ein genügendes Entgegenkommen?“

„Mr. Lewis, wenn die Leute Ihre Bedingungen annehmen — das heißt, wenn sie ihre Gewerkschaften verraten, ihre Genossen im Stich lassen!“

„Oh, einige arbeiten bereits bei mir zu diesen Bedingungen.“

„Und wie denken Sie über diese Leute im Innersten Ihres Herzens?“

„Daß sie geschickte Burschen sind, die wissen, auf welcher Seite ihr Brot mit Butter bestrichen ist.“

„Ich bildete mir immer ein, bei Ihrer Kasse sei der Sinn für Zusammenhalten gerade besonders stark entwickelt!“

Der Schuß traf ins Schwarze. Denn wie jeder anständige Jude war Ben Lewis insgeheim stolz auf sein Blut.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, d. s. Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4